# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 126. **für Anhalt und Thüringen.** Jahrgang 206.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt).

**Zweite Ausgabe**

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. — Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telephon 8108 u. 8109; Redaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Aldegg, Halle (Saale).

**Sonnabend, 15. März 1913.**

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).


## Die Arbeit des Reichstags.

Rede des Reichstagsabgeordneten Grafen von Westarp auf dem Parteitag der Deutsch-Konservativen am 13. März 1913.

Als ich vor drei Jahren hier vor Ihnen stand, war es meine Aufgabe, unsere Haltung in der Reichsfinanzreform darzulegen, und Sie haben damals im wesentlichen das gebilligt, was wir getan haben. Inzwischen sind die Reichstagswahlen gewesen, und heute ist es schon mehr möglich als damals, die Folgen unsrer Politik zu übersehen. Schon damals standen wir in der Bewegung, in welcher die Linke mit einer unerhörten Fülle von Zorn und Kampfesmut über uns herfiel, in der die wahren Tatsachen und Ergebnisse der Finanzreform in einer Weise, für die es schwer ist, einen parlamentarischen Ausdruck zu finden, heruntergerissen wurden. Und dieser Kampf, den man mit den Worten Steuerhetze und Verleumdung nicht zu scharf bezeichnet (Sehr richtig!), wurde von einer offen ausgesprochenen Tendenz getragen — mit der Tendenz: Front gegen rechts, nieder mit dem blau-schwarzen Block! Bei der Hauptwahl war es nicht gelungen, auch nur ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei in den Reichstag zu bringen, und nur 4 Nationalliberale hatten in der Hauptwahl den Sieg errungen. Wir traten damals an die übrigen bürgerlichen Parteien mit dem Anerbieten gegenseitiger Unterstützung gegen die Sozialdemokratie heran. Allerdings, wir sicherten diese Hilfe nicht mehr unbedingt zu, wir verlangten entweder volle Gegenseitigkeit oder wenigstens eine Haltung unserer Kandidaten, die unserm Programm wenigstens nicht allzusehr widersprach. Unser Anerbieten wurde schroff zurückgewiesen; erst später haben wir erfahren, weshalb: es war ein heimliches Wahlabkommen getroffen worden zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie, ein Wahlabkommen, das man mit dem Worte Dämpfungs-Abkommen wohl am besten der Geschichte der Parteibewegung einverleiben kann. Nach diesem Abkommen sicherte die Fortschr. Volkspartei in 31 namentlich genannten Wahlkreisen der Sozialdemokratie ganz ausdrücklich ihre Hilfe in der Stichwahl zu; dafür sicherte die Sozialdemokratie der Fortschr. Volkspartei ihre Hilfe in allen Wahlkreisen zu, in denen der fortschrittliche einem rechtsstehenden Kandidaten gegenüberstand, und darüber hinaus außerdem noch in 16 Wahlkreisen, in denen Fortschrittspartei und Sozialdemokratie sich gegenüberstand, eine Dämpfung des Wahlkampfes. Diese Dämpfung, eine ganz neuartige Erfindung, man könnte sagen, wenn die Sache nicht gar zu ernst wäre: gewissermaßen humoristischer Art, ein Ausdruck aus den Küchengeheimnissen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) — Diese Dämpfung sollte darin bestehen, daß keine Versammlungen abgehalten, keine Flugblätter verteilt, keine Schlepperdienste geleistet wurden. Und das Charakteristischste an dem ganzen Abkommen war die Geheimhaltung. Oeffentliche Wahlparolen, in denen in mehr oder minder verschwommener Art die gegenseitige Hilfe erkennbar war, wurden von beiden Parteien ausgegeben; nebenher aber gingen geheime Instruktionen an die Wahlvorstände. Warum diese Geheimhaltung? Der Grund liegt offen zu tage: sie sollte der Fortschrittspartei ihr Doppelspiel erleichtern — jenes Doppelspiel, mittels dessen sie auf der einen Seite die Hilfe der Sozialdemokratie mit der Zusicherung voller Gegenseitigkeit entgegennahm, mittels dessen sie auf der andern Seite von den rechtsstehenden Parteien verlangte, daß sie für die Fortschrittliche Volkspartei eintreten sollten, um sie schmähen zu können, wenn sie nicht unbedingt und mit voller Kraft für sie und gegen die Sozialdemokraten einträten. In dieser Geheimhaltung und in seiner ganzen Tendenz steht das Abkommen wohl einzig da in der Geschichte der Parteibewegung (Sehr richtig!), und wird es wohl auch für die Fortschrittspartei — für unser Verhalten ihr gegenüber von weittragenden Folgen auch für die Zukunft sein müssen (Beifall und Zustimmung); wir werden uns wohl — in einiger Umgestaltung — des guten alten Sprichworts erinnern müssen: „Wer einmal dämpft, dem glaubt man nicht, auch wenn er dann mal ehrlich ficht.“ (Beifall und Heiterkeit.)

Und der Erfolg dieses Abkommens? Von den 31 an die Sozialdemokratie ausgelieferten Wahlkreisen gingen 16 tatsächlich den Rechtsparteien verloren; in den übrigen 15 gelang es uns und den Angehörigen befreundeter Parteien trotz des Dämpfungsabkommens die Sozialdemokratie zu schlagen. Gleichwohl war der Erfolg für die Sozialdemokraten ein ungeheurer. Im Jahre 1898 wurden von der Sozialdemokratie 24 v. H. der Stichwahlen gewonnen, an denen sie beteiligt war; 1903 nur noch 20 v. H., 1907 5 v. H., 1912 aber stieg der Prozentsatz auf 39 v. H. (Hört, hört!) Aber schlimmer als dieser zahlenmäßige Erfolg war der Erfolg, dessen der Abgeordnete Scheidemann in Chemnitz sich rühmte: es war der Sozialdemokratie gelungen, die Gemeinbürgerschaft der bürgerlichen Parteien zu zerstören. (Sehr richtig!), einen Keil zwischen die bürgerlichen Parteien zu treiben und damit zu bewirken, daß das Bewußtsein von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie in weiten Kreisen der Wählerschaft einschlummerte. (Sehr richtig!) Neben diesem Abkommen ging her die Unterzeichnung der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen durch eine Reihe liberaler Abgeordneter und zwar in der Form, daß sie den Inhalt dieser Stichwahlbedingungen nicht nur für ihre Person unterschrieben, sondern als mit dem Programm ihrer Partei übereinstimmend ausdrücklich anerkannten.

Wir standen in dem Kampfe ganz allein. Von seiten der Regierung wurde nichts getan, um all den unwahren Darstellungen über die Belastung des Volkes durch die neuen Steuern entgegenzutreten. Wie hatte doch Staatssekretär Sydow im November 1908 in der „Deutschen Rundschau“ sich ausgedrückt, als es galt, die Liberalen für die Finanzreform zu gewinnen? Da hieß es: „Hilfe in schwerer Zeit hat noch immer zu Dank verpflichtet, auch im öffentlichen Leben.“ Die Logik muß dahin führen, daß die Parteien, die der Regierung helfen, dies schwierige Werk zustande zu bringen, auch ihrerseits im Rahmen des Möglichen Entgegenkommen auf politischem Gebiete zu erwarten haben! (Hört, hört!) Aber nicht das, daß uns gegenüber von diesem Grundsatz wenig oder gar kein Gebrauch gemacht worden ist, ist, was uns an dem negativen Verhalten der Regierung am meisten bedauerlich erscheint. Wir haben gewiß volles Verständnis dafür, daß eine Regierung über den Parteien stehen soll; aber deswegen darf sie sich doch der Erfüllung ihrer Pflichten, die ihr das Staatswohl auferlegt, nicht aus dem Grunde entziehen, weil sie glaubt, damit der einen Partei zuliebe oder der andern zuleide zu handeln und sich etwa Vorwürfe deshalb zuzuziehen. Das Staatswohl erforderte, daß die Regierung den unwahren Darstellungen über die Finanzreform entgegentrat. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall.) Wo sollen die Abgeordneten, wo sollen die Parteien herkommen, denen es möglich ist, ohne Rücksicht auf die Popularität und ohne Rücksicht auf das eigene Parteiinteresse das Staatswohl nach ihrer wahren Ueberzeugung zu vertreten, wenn eine solche Haltung keine Unterstützung und keine Rechtfertigung findet? (Beifall.) Noch kein Staat der Welt hat auf die Ausnutzung der indirekten Steuern verzichten können. Das Reich ist im Gegensatz zu den Einzelstaaten auf die Ausnutzung dieser Steuerquelle nach wie vor angewiesen und dieser gesunde, aus der geschichtlichen Entwicklung vom Zollverein herstammende von Bismarck geförderte Steuergedanke hat durch nichts einen so schweren Stoß erlitten, als durch das Schweigen der Regierung gegenüber den Angriffen auf die Finanzreform. (Beifall.)

Und nun ein Wort über das Ergebnis dieses Wahlkampfs. Gegenüber 1907 war die Mandatszahl der liberalen Parteien zurückgegangen von 104 auf 87; die Mandate der Rechten von 112 auf 70, und so war der Block von 1907 zusammengeschmolzen von 216 auf 159 — aus der Mehrheit war er in die ausgesprochene Minderheit gedrängt worden. Zentrum und Elsässer hatten nur kleine Verluste; bei den Polen, Welfen und Dänen waren die Schwankungen auch gering — den Haupterfolg heimste die Sozialdemokratie ein: von 43 Mandaten im Jahre 1907 stieg sie auf 110. Welche Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung bietet der so gestaltete Reichstag? Da besteht zunächst die Möglichkeit, daß das Zentrum mit den Sozialdemokraten in allen Fällen, in denen es will, eine Negation zustande bringen kann. Es ist zu wünschen und es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß das Zentrum von dieser seiner Machtstellung in Fragen von nationaler und durchschlagender Bedeutung nicht Gebrauch machen wird; aber zweifellos ist seine Macht dadurch gewachsen. Neben dieser Mehrheit beherrscht sie im Reichstag sozusagen die Mehrheit der Linken. Wie haben die Blätter der Linken triumphiert, daß es gelungen sei, den schwarz-blauen Block niederzuringen und zum ersten Male eine geschlossene Mehrheit der Linken im Reichstag zustande zu bringen! Freilich, wenn man sich diese „Mehrheit“ näher ansieht, fällt doch mancher Tropfen Wasser in den Wein der Begeisterung. Zahlenmäßig ist es eine Mehrheit um ein Mandat — 199 gegen 198 — also eine Mehrheit, die auf den Zufall gestellt ist. Aber wichtiger als das ist die Mehrheit in der Mehrheit. In der Mehrheit der Linken geben die 110 Sozialdemokraten den Ton an. Die Sozialdemokratie beherrscht diese Mehrheit nicht bloß durch ihre Zahl, sie beherrscht sie auch deshalb, weil die Fortschrittspartei nach den Vorgängen bei der Wahl gar nicht in der Lage ist, in Fragen, bei denen es gegen den Willen der Sozialdemokratie geht, selbständig vorzugehen, sie beherrscht sie wegen der Unterzeichnung der Stichwahlbedingungen in den wichtigsten Fragen. Die erste Tat dieser Mehrheit waren denn auch die Ereignisse bei der Wahl des Präsidenten — jene bekannten Ereignisse, durch die Scheidemann — der Mann, der den Wortbruch als die geheiligtste Tradition des Hohenzollernhauses erklärt hatte, (Pfui-Rufe) — wenigstens auf vier Wochen, zum Vizepräsidenten des Reichstags gewählt wurde, bei denen sowohl für Scheidemann wie für Bebel als Präsidenten eine große Anzahl von Stimmen abgegeben wurden, und zwar überwiegend auch nationalliberale Stimmen (Hört! Hört! und Pfui-Rufe). Wir haben geglaubt, auch bei dieser Wahl jedes Parteiinteresse in den Hintergrund stellen zu sollen; wir haben ehrlich mitgewirkt, daß kein Sozialdemokrat ins Präsidium kam oder darin verblieb, und das haben wir erreicht. (Lebhafter Beifall.) Ein Präsidium der Linken führt allerdings nunmehr den Reichstag und das ist charakteristisch dafür, daß das Gepräge dieses Reichstags besteht in einer großen Radikalisierung und Demokratisierung. Davon ist nichts wegzuleugnen. Die Großblockbestrebungen, wie wir sie in einzelnen süddeutschen Staaten haben, färben doch auch auf den Reichstag ab und der Gedanke der Mehrheit der Linken festredt doch immer wieder im einzelnen der Haltung auch der liberalen Parteien.

Die dritte Mehrheit, die gebildet werden kann, ist die Mehrheit für positive Arbeit. Sie besteht aus der alten Zolltarifmehrheit, dem Zentrum, den Nationalliberalen und uns und den uns benachbarten und befreundeten Parteien der Rechten. Sie bildet noch heute eine volle Mehrheit; ohne sie ist positive Arbeit in nationalem Sinne in diesem Reichstag nicht möglich, und zu dieser Mehrheit gehören wir Konservative in entscheidendem Maße. Mögen wir an Zahl zurückgegangen sein — die eine Position haben wir behalten: positive Arbeit unter Berücksichtigung der nationalen Bedürfnisse des Reiches kann auch in diesem Reichstage nicht geliefert werden ohne unsere entscheidende Mitwirkung. (Stürmischer Beifall.)

Nach diesem Ueberblick über die Parteiverhältnisse gehe ich auf die wichtigsten Fragen ein, die uns im Reichstag beschäftigen. Die Finanzen des Reiches sind zweifellos durch die Finanzreform von 1909 auf eine gesunde Grundlage gestellt worden. (Sehr richtig.) Wie Butter an der Sonne sind die Vorwürfe dahingeschmolzen, daß wir die Konsumenten übermäßig belastet hätten, daß die Steuern in ihrem Ertrage hinter den gehegten Erwartungen weit zurückbleiben würden. Weit über die damals gehegten Erwartungen hinaus ist es möglich gewesen, Schulden zu tilgen und von neuen Steuern abzusehen. Gewiß hat dazu der wirtschaftliche Aufschwung auch sein Teil beigetragen, aber ebenso gewiß ist, daß ohne die Finanzreform dieses günstige Ergebnis nicht erzielt worden wäre. Ein einfaches Rechenexempel ergibt, daß wir ohne Bewilligung der Finanzreform heute mindestens eine bis anderthalb Millionen Schulden mehr haben würden, während es so gelungen ist, noch neue Aufgaben auf das Reich zu übernehmen. Wenn die beiden Wehrvorlagen von 1911 und 1912, die zusammen für fünf Jahre eine Belastung von weit über 800 Millionen brachten, glatt und eindrucksvoll für das Ausland erledigt werden konnten, so beruht das eben darauf, daß der größte Teil der dafür erforderlichen Ausgaben aus den laufenden Mitteln von 1909 genommen werden konnten. Die Bewilligung dieser Wehrvorlagen gehört zu den wenigen erfreulichen Dingen, die aus der Tätigkeit dieses Reichstags zu berichten sind. Es ist gelungen, namentlich die Vorlage von 1912 in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne großen, in der Oeffentlichkeit zutage tretenden Parteistreit zu erledigen. Nur die Sozialdemokratie hielt es für nötig, durch lange Reden den Gang der Geschäfte aufzuhalten, und sie schickte zu dem Zwecke drei Redner vor mit den Namen Haase, Gradnauer und Wurm — ausgesucht wohl nach dem Grundsatze: ex oriente lux! (Beifall und große Heiterkeit.) Sie sprachen unter einer Sprache, die für deutsche Männer schwer verständlich ist, besonders, wenn es sich um Fragen der Wehrkraft handelt. (Beifall.) Wir haben, um das Unsere zu einer glatten Erledigung der Vorlage beizutragen, damals auch ein Opfer unserer Ueberzeugung gebracht, indem wir dem sogenannten Besitzsteuer-Gesetze, dem Antrag Bassermann-Erzberger, zugestimmt haben. An sich sahen wir keinen Grund, die Finanzreform von 1909 durch eine neue Besitzsteuer gewissermaßen zu „krönen“ oder zu ergänzen. In finanzieller Beziehung ist eine solche Ergänzung überflüssig und auch nicht nötig nach den Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit. Wer das letztere immer und immer wieder behauptet, der begeht den Fehler, daß er das Finanzsystem des Reichs betrachtet ohne jede Rücksicht auf die Finanzen der Einzelstaaten und der Kommunen. (Sehr richtig!) Es ist sehr viel leichter, sich in Versammlungen vor die Wähler, die sich nicht aus mangelnder Intelligenz, sondern weil ihnen ihr Beruf gar keine Zeit läßt, sich mit diesen Dingen eingehender zu beschäftigen (Sehr richtig!), hinzustellen und ihnen zu erzählen, daß das Reich sich für seinen Bedarf immer nur an den Verbrauch der Minderbemittelten halte, und es ist sehr viel schwerer, auf den Zusammenhang dieser Dinge hinzuweisen und nachzuweisen, daß in den Einzelstaaten und Gemeinden der Besitz und das Einkommen in einer der sozialen Gerechtigkeit durchaus entsprechenden und auch in einer durchaus ausreichenden Weise herangezogen werden. Das alles und die weitere Tatsache, daß bei uns im Reiche die Belastung mit indirekten Steuern geringer ist als in den meisten anderen Kulturstaaten, ist natürlich den Massen schwer beizubringen, und doch ist es für die Beurteilung all dieser Dinge von der größten Wichtigkeit. (Beifall und Zustimmung.)

Da wir auch schon 1909 einen erheblichen Teil des Bedarfs auf den Besitz gelegt haben, so lag in der Tat keine zwingende Veranlassung vor, jetzt die Finanzreform durch eine neue Besitzsteuer zu „ergänzen“. Aber in der Politik kommt es meistens anders als man denkt. Jetzt ist nun der neue ungeheure Bedarf für die Rüstungen des Deutschen Reiches hervorgetreten. In einer konservativen Versammlung ist es, ohne daß darüber viel Worte gemacht werden, selbstverständlich, daß bewilligt werden muß, was nach dem Urteil des Allerhöchsten Kriegsherrn und seiner berufenen Ratgeber für die Rüstungen des Reichs notwendig ist (Stürmischer Beifall und Zustimmung), und selbstverständlich werden wir dem Rechnung tragen. Wir stimmen ohne Zögern und was ich jetzt sage, bin ich ermächtigt, als die einstimmige Stellungnahme der Reichstagsfraktion auszusprechen. Also die Reichstagsfraktion ist entschlossen, auch dem Gedanken zuzustimmen, daß für die großen einmaligen Kosten der neuen Heeresvorlage eine einmalige große Abgabe vom Vermögen erhoben wird. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen zu schätzen den Appell an die sittliche Opferwilligkeit des Volkes, der in diesem Vorschlage liegt, wir wissen zu schätzen, daß wir bei Durchführung dieses Vorschlages vor der Gefahr bewahrt bleiben, in die alte Schuldenwirtschaft zurückzuverfallen, wir wissen endlich zu schätzen, daß die glatte erfolgreiche Durchführung dieses Vorschlages eine gute Probe auf unsere Leistungsfähigkeit, ein trefflicher Beweis unsrer Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit auch dem Auslande gegenüber sein wird. (Beifall.) Aber die grundsätzliche Zustimmung zu der Vorlage entbindet uns nicht von der Verpflichtung, bei der Prüfung im einzelnen sorgfältig und vorsichtig zu verfahren. Wir werden bei Durchführung des Vorschlags mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten haben, daß soweit als irgend möglich die Finanzhoheit der Einzelstaaten geschont und gewahrt bleibt. (Beifall.) Wir werden insbesondere dahin zu wirken haben, daß die Veranlagung und Erhebung der Steuer den einzelstaatlichen Behörden übertragen wird. (Sehr richtig!) Weiter werden wir uns bestreben müssen, der Maßnahme den Charakter zu wahren, den sie hat: den Charakter der Ausnahme. Die Bedenken, die man gegen die Maßnahme geltend machen könnte, lassen sich vor allem aus der Befürchtung herleiten, daß diese einmalige Abgabe ihre Nachfolge auch für andere Zwecke finden könnte. Dem muß soweit als möglich ein Riegel vorgeschoben werden. (Sehr richtig!) Es handelt sich um ein einmaliges Opfer zur Deckung eines hervortretenden Bedürfnisses, und das muß in der Ausgestaltung der Maßnahmen zum Ausdruck kommen. (Beifall.) Daneben handelt es sich darum, auch die laufenden Ausgaben zu decken, und diese dürften kaum unter 200 Millionen Mark jährlich zurückbleiben. Wir werden kaum, oder ich will sagen: wir werden nicht umhin können, auch hier die Heranziehung des Besitzes zuzugestehen. Nicht aus dem Grunde wird die Heranziehung des Besitzes aus der Vergangenheit her sich als gerechtfertigt darstellen, sondern nur deshalb, weil die ungeheure Größe des Opfers es erfordert, daß auch wir hier Entgegenkommen beweisen, um die große Militärvorlage glatt und leicht durchzubringen. Wir werden dabei freilich nicht vergessen dürfen, daß die einmalige Vermögensabgabe ihrer finanziellen Wirkung wie ihrer grundsätzlichen Bedeutung nach mindestens gleichwertig ist all den Vorschlägen über Besitzabgaben, die bisher überhaupt diskutiert worden sind. Ein einfaches Exempel beweist das. Eine Milliarde einmaliger Ausgaben erspart dem Reiche auf fünfzig Jahre 4 v. H. Zinsen und 2 v. H. Tilgung, also 60 Millionen, also mehr als den Ertrag des Erbanfallsteuervorschlags von 1909. Wir haben also mit der Tatsache zu rechnen, daß durch diese einmalige Besitzabgabe der Forderung der Besitzbesteuerung durch das Reich in weitgehendstem Maße Rechnung getragen worden ist (Sehr richtig!) und das wird für unsere Haltung nicht ohne Einfluß sein können. Auch hier werden wir darauf hinwirken müssen, daß das Finanzgebiet der Einzelstaaten nach Möglichkeit geschont wird, auch hier werden wir

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191303152-19/fragment/page=0001

dafür eingutreten haben, daß das mobile Kapital, das in Wertpapieren angelegt ist, das an den Börsen und Banken umläuft, daß das von der technisch leichten Möglichkeit, sich jeder Besteuerung zu entziehen, nicht einen allzu ergiebigen Gebrauch machen kann. (Beifall und Zustimmung.) Und noch eins möchte ich heute mit aller Entschiedenheit aussprechen: wenn wir dieser einmaligen Besitzbelastung zustimmen, so wird es uns nicht möglich sein, daneben auch noch die Erbschaften der Ehegatten und Kinder der Besteuerung durch das Reich in irgend einer direkten Form preiszugeben. (Beifall.) Vielfach beschäftigte uns im Reichstage die Sozialpolitik. Staatssekretär Delbrück glaubte einen prinzipiellen Gegensatz zwischen seiner Auffassung der Sozialpolitik und der unseren konstatieren zu können, und nachdem er das ausgesprochen, fuhr er fort: „Die Beseitigung aller der sozialen Schäden, die eine Folge des gewaltigen Umschwungs unserer Verhältnisse sind, ist eine sittliche Pflicht des Staates, ist eine der vornehmsten Aufgaben unserer heutigen Gesetzgebung." In diesem Punkte besteht kein Gegensatz unserer Auffassungen und wenn der Staatssekretär damit den Vorwurf hätte erheben wollen, daß die konservative Partei kein Verständnis für eine kräftige Sozialpolitik habe, so würde dieser Vorwurf als völlig ungerechtfertigt zurückgewiesen werden müssen. Eine Partei, die sich von Anfang an auf den Boden der Kaiserlichen Botschaft vom November 1881 gestellt hat, eine Partei, die nicht durch überspannte und unausführbare Anträge, sondern in der Beschränkung auf das Mögliche, Gerechte und Durchführung das gewaltige Werk der deutschen sozialen Versicherung gefördert und damit schwere Lasten auch für die Kreise übernommen hat, die hinter ihr stehen — eine solche Partei braucht sich wirklich den Vorwurf mangelnden Verständnisses für die Sozialpolitik nicht machen zu lassen. (Beifall.) Aber in einem anderen Punkte allerdings besteht ein Gegensatz in der Auffassung des Staatssekretärs und der unseren, wenn er nämlich meinte, die Sozialpolitik sei das vornehmste Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, zur Beseitigung der Unzufriedenheit. Wenn solche Illusionen vielleicht auch in der konservativen Partei zu Anfang bestanden haben, so sind sie durch den Lauf der Dinge auf das gründlichste beseitigt worden. (Sehr richtig!)

Wir glauben nicht, daß die Unzufriedenheit, die künstlich und in ausdrücklich gewollter und ausgesprochener Tendenz von der Sozialdemokratie dauernd geschürt wird, durch noch so weitgehende sozialpolitische Maßregeln beseitigt werden kann. Nachdem die Reichsversicherungsordnung das Unterstützungsmertum schon um Hunderte von Millionen neu belastet hatte, brachte die Sozialdemokratie Anträge ein, die zusammengerechnet eine weitere Belastung um 2000 Millionen ergeben haben würde. (Hört, hört!) Also: die Schürung von Unzufriedenheit können wir durch positive sozialpolitische Maßnahmen nicht verhindern und nicht beseitigen. Um so mehr haben wir allen Anlaß, diese Dinge nicht vom agitatorischen Standpunkte zu behandeln, sondern sie rein sachlich zu behandeln und dabei auch der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Arbeitgeber doch sozusagen auch ein Mensch ist, der zu einer Klasse gehört, auf dessen Intelligenz und Fleiß und Wagemut nicht zum wenigsten der wirtschaftliche Aufschwung unseres Vaterlandes und damit reiche Arbeits- und Verdienstgelegenheit für die arbeitende Klasse beruht. (Lebhafter Beifall.) Deshalb hüten wir uns vor einer Ueberspannung des sozialpolitischen Gedankens und vor Ueberhastung, und wir glauben weiter, daß es falsch sein würde, den Begriff der Sozialpolitik, wie es bisher geschehen, zu eng auszulegen und ihn zu beschränken auf die handarbeitenden Klassen. Wir wollen auch einbezogen wissen den Mittelstand in Stadt und Land, der nach unserer Meinung, eingekeilt zwischen die beiden Mühlsteine des Proletariats und des Großkapitals, der Unterstützung durch den Staat ganz besonders bedürftig und auch würdig ist. (Lebhafter Beifall.) Mittelstandspolitik ist auch unsere ganze Wirtschaftspolitik. Die Ernährung unseres Volkes liegt zum überwiegenden Teile in den Händen der kleinen und der mittleren Landwirte, und wenn wir ihnen die Ernährung des Volkes abnehmen und sie an den Einfuhrhandel übertragen wollten, so wäre das nichts anderes als mittelständische Existenzen vernichten zugunsten des Großkapitals. In der Beziehung ist bei den anderen Parteien noch vieles in Dunkel gehüllt. Namentlich der Fortschritt hat zwei Gesichter. Nachdem er von der Sozialdemokratie aus den Großstädten verdrängt worden ist, sucht er jetzt das platte Land heim, und so nimmt er in zollpolitischen Fragen ein Janusgesicht an — bald so, bald so. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Auch die Haltung der Nationalliberalen gibt zu Zweifeln und Bedenken Anlaß. Demgegenüber werden wir im bisherigen Sinne mit aller unbeugsamen Entschiedenheit für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten.

Neben dem Außenhandel, dessen Bedeutung wir voll anerkennen, muß auch Lust und Licht vorhanden sein für eine gesunde heimatliche Wirtschaft. Im Zusammenhang damit werden wir auch eintreten für die Förderung unserer Kolonien. Wir stimmen der Erklärung des Staatssekretärs Solf über die Wichtigkeit der Eingeborenenpolitik und Eingeborenenkultur bei, wir verstehen allerdings darunter etwas Bestimmteres, nämlich Kultur auf christlicher Grundlage. (Lebhafter Beifall.) In Fragen unserer Marine sind wir stets bemüht gewesen, die Etatsverhandlungen hierüber in ruhige Bahnen zu lenken, und wir haben immer geglaubt, durch ein ruhiges, wortloses Handeln am besten gewissen nervösen Aeußerungen von jenseits des Kanals entgegentreten und zeigen zu können, daß wir entschlossen sind, das, was wir uns einmal durch das Flottengesetz geschaffen haben, ohne Rücksicht nach links und rechts einfach und schlicht zu erhalten. (Beifall.) Neben den wirtschaftlichen haben uns auch politische und verfassungsrechtliche Fragen beschäftigt. Wir treten vor allem mit aller Entschiedenheit dafür ein, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches zu erhalten. Aus diesem Gesichtspunkte bekämpfen wir auch alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, im Reiche ein parlamentarisches Regiment einzuführen, so beispielsweise die Institution der kleinen Anfragen und vor allem die fortgesetzten Versuche, die Zuständigkeit des Reiches auf Kosten der Einzelstaaten zu erweitern (Beifall), wie sie erst neuerdings wieder auf dem Gebiete der Wohnungsfrage in besonders eklatanter Weise zutage getreten sind. Auch in der Wohnungsfrage hat das Reich nicht den Beruf, der Mentor der Einzelstaaten zu sein. (Lebhafter Beifall.) Wir bekämpfen die Versuche, mit dem Mittel der parlamentarischen Kontrolle in die Kommandogewalt des Kaisers hineinzuregieren, wir bekämpfen auch das parlamentarische Kampfmittel des Mißtrauensvotums. Auf der andern Seite werden wir ebenso entschieden zu allen Zeiten unsere Unabhängigkeit gegenüber der Regierung zu wahren wissen. (Beifall.) Nur als eine unabhängige Partei können wir unsere Aufgaben erfüllen, und zu diesen Aufgaben rechnen wir allerdings in allererster Linie auch die, einzutreten für die Autorität einer starken Regierung. Eine Regierung, die weiß, was sie will, die die Zügel nicht am Boden schleifen läßt, die das Steuer in fester Hand behält, eine solche Regierung wird jederzeit der konservativen Hilfe gewiß sein können. (Lebh. Beifall.)

Auf diesem Wege stoßen wir auf einen unversöhnlichen Gegner, von dem uns eine unüberbrückbare Kluft trennt: die Sozialdemokratie — unüberbrückbar schon deshalb, weil sie die Partei der Klassenorganisation ist und weil sie den Klassengedanken durchführen will durch Organisationszwang, durch Koalitionszwang, durch Streikzwang. Hier gilt es vor allem Wandel zu schaffen, und deshalb halten wir unverrückt fest an der Forderung eines kräftigen Arbeitswilligenschutzes. Wir können damit nicht warten, worauf man uns hat vertrösten wollen, bis zum Erlaß des neuen Strafgesetzbuchs, das frühestens im Jahre 1920 in Kraft treten wird. Wir verlangen vor allem ein Verbot des Streikpostenstehens, weil wir der Ueberzeugung sind, daß das die Wurzel alles Uebels ist (Lebhafter Beifall und Zustimmung), und daß es auf diesem Gebiete vor allem gilt, vorbeugend zu wirken, statt hinterher die begangenen Ausschreitungen zu strafen. Wir würden in dem Erlaß eines solchen Verbots vor allem einen wichtigen symptomatischen Schritt von hoher Bedeutung erblicken: die Betätigung des Entschlusses, daß die Staatsgewalt und die bürgerliche Gesellschaft sich endlich einmal aufrafft, gegen den Staat im Staate, den die Sozialdemokratie darstellt, mit durchgreifenden Maßregeln vorzugehen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind von der Wichtigkeit dieser Aufgabe überzeugt, vornehmlich im Hinblick auf den antimonarchischen Charakter der Sozialdemokratie. Sollen wir es uns auf die Dauer gefallen lassen, daß die Monarchie, daß unser geliebtes Hohenzollernhaus von der Sozialdemokratie in einer Weise geschmäht und in den Staub gezogen wird, wie sie aufreizender und verhetzender gar nicht gedacht werden kann? Wir haben uns zu keiner Abschwächung des Majestätsbeleidigungsparagraphen bereitfinden lassen, auf die Empfindung Sr. Majestät des Kaisers Rücksicht nehmend, daß solcher Schmutz ihn nicht berührt. Aber das Volk hat auch ein Recht darauf, daß es nicht in seinen monarchischen Gefühlen aufs neue täglich schwer verletzt wird. (Stürmischer Beifall.) Der Geschichtsschreiber einer späteren Zeit wird wahrscheinlich einmal seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß ein Staat wie der preußische, daß die bürgerliche Gesellschaft sich so lange das Treiben der Sozialdemokratie, dieses Staates im Staate, hat gefallen lassen. Hoffen wir, daß der Geschichtsschreiber nicht auch wird hinzufügen müssen, daß Staat und Gesellschaft zu spät eingesetzt haben mit ihrem Widerstande. Deshalb treten wir dafür ein, daß man sich endlich ermannt und sich besinnt auch der Pflicht zum Kampfe gegen diesen Staat im Staate, der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Ein altes Wort sagt: Leben heißt Kämpfen. Wenn das Wort wahr ist, dann hat die konservative Partei in der Reichspolitik wahrscheinlich alle Gelegenheit, sich auszutoben. (Lebhafter Beifall.) Ich will nicht verhehlen, daß der Kampf manchmal schwer und entmutigend ist. Aber ist es deutschen Mannes Art, für das, was er für richtig hält, lieber kämpfend unterzugehen, als kampflos den Plan zu verlassen? (Stürmischer Beifall.) Und haben wir Konservative es nicht schon mehr als einmal erlebt, daß das, wofür wir zuerst in glänzender Isoliertheit gekämpft haben, sich schließlich durchgesetzt hat? Solange die konservative Partei besteht, hat sie in Wehrfragen noch niemals einen Mann oder einen Groschen abgelehnt. Welch schwere Vorwürfe und Angriffe hat sie dafür erdulden müssen! Und heute ist, was wir von jeher erstrebt haben, auf diesem Gebiete Gemeingut aller bürgerlichen Parteien geworden! Wenn heute diese Frucht gereift ist, so wissen wir, daß die Saat ausgestreut wurde von Kaiser Wilhelm und seinem großen Kanzler; aber wir wissen ebenso, daß wir beim Ausstreuen der Saat, bei der Beackerung des Bodens und bei der Einbringung der Frucht ein redlich Teil mitgearbeitet haben. (Lebhafter Beifall.) Diese Ueberzeugung, diese Erkenntnis, die der konservativen Partei lange Jahre hindurch ihre unverwüstliche Lebenskraft allen Hindernissen gegenüber eingeflößt hat, ist es, die uns auch jetzt in den schweren, manchmal vielleicht aussichtslos scheinenden Kämpfen trägt und fördert. Und so bin ich Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich sage: wir wollen es tun in der Ueberzeugung, daß ehrlicher, uneigennütiger und begeisterter, in sich geschlossener und ausdauernder Arbeit für das deutschen Vaterlandes Größe der Segen Gottes noch niemals versagt geblieben ist. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

# Preußischer Landtag.

## Herrenhaus.

**Sitzung vom 14. März 1913.**

Am Ministertisch: Justizminister Dr. Beseler.

Präsident **v. Wedel-Piesdorf** eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

**Für die Staatsschuldenkommission wurden wiedergewählt Graf v. Hutten-Czapski und Frhr v. Thielmann; anstelle des verstorbenen Mitgliedes Delbrück wurde Dr. v. Hagens gewählt.**

**Der Gesetzentwurf betreffend Veränderung der Grenzen der Kreise Calbe und Jerichow I im Regierungsbezirk Magdeburg und Anderung der Amtsgerichtsbezirke Gommern und Schönebeck wurde ohne Debatte angenommen.**

**Es folgte die Beratung des vom Abgeordnetenhause in abgeänderter Fassung an das Herrenhaus zurückgelangten Entwurfs einer Hinterlegungsordnung.**

**Nach den Beschlüssen des Herrenhauses sollte das Hinterlegungsgeschäft als ein Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit gelten. Das Abgeordnetenhaus hat diese Bestimmung dahin abgeändert, daß die Hinterlegung Justizverwaltungssache sein soll.**

**Die Kommission des Herrenhauses beantragte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses.**

**Auf Antrag des Herrn v. Dziembowski wurde der Gesetzentwurf in der Fassung des Abgeordnetenhauses en bloc angenommen.**

**Der Gesetzentwurf betreffend Anderung der Amtsgerichtsbezirke Blumenthal und Lesum wurde ohne Debatte angenommen.**

**Der Betriebsbericht der Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1911 wurde durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.**

**Die Petition des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine des oberchlesischen Industrierevieres und anderer Vereinigungen von Grundbesitzern in schlesischen, rheinischen und westfälischen Industrie- und Kohlenbezirken um Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes im Sinne einer Erweiterung des Schutzes des Grundeigentums gegen Beschädigung durch den Bergbau beantragte die Kommission durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen.**

**Ferner wurde die Staatsregierung in einer Resolution der Kommission ersucht, eine liberale Auslegung der Bestimmung über die Einsichtnahme der Grubenbilder im Wege einer Instruktion der Revierbeamten in Erwägung zu ziehen.**

**Der Antrag und die Resolution der Kommission wurden ohne Debatte angenommen.**

**Damit war die Tagesordnung erschöpft.**

**Nächste Sitzung unbestimmt, voraussichtlich in der zweiten Hälfte des April.**

**Schluß 1 Uhr.**

# Aerztliche Hilfe auf dem Lande.

Ueber mangelhafte Besetzung des platten Landes mit Aerzten ist schon vielfach und neuerdings wieder in den Parlamenten geklagt worden. Diese Verhältnisse werden sich, wie uns von ärztlicher Seite geschrieben wird, aber noch verschlimmern, wenn am 1. Januar 1914 die neue Krankenversicherung in Kraft tritt. Der Grund dafür, daß sich verhältnismäßig so wenige Aerzte auf dem Lande niederlassen, liegt in erster Linie in den zumeist geringen Aussichten auf einen auskömmlichen Erwerb. Die Landflucht der Aerzte würde noch einen viel größeren Umfang annehmen, wenn bisher die Landärzte sich nicht wenigstens noch auf einige Privatpraxis stützen könnten; das wird sich aber vom nächsten Jahre ab vollständig ändern, weil nahezu die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung den Krankenkassen zugeführt wird. Versicherungspflichtig sind dann alle in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter, Dienstboten, Hofmeister usw., versicherungsberechtigt sind außerdem alle Familienangehörigen des Arbeitgebers, die ohne eigentlichen Arbeitsverdienst und ohne Entgelt in seinem Betriebe tätig sind, ferner alle Betriebsinhaber, welche regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Alle diese Personen dürfen solange in der Krankenkasse bleiben, bis ihr Jahreseinkommen nachweislich 4000 Mark übersteigt.

Daß unter solchen Umständen die ärztliche Privatpraxis auf dem Lande verschwinden muß, ist selbstverständlich. Bei den weiten Entfernungen, die der Arzt auf dem Lande zurücklegen muß, kann der Landarzt heutzutage ohne das teure Fuhrwerk oder Auto seine Praxis gar nicht betreiben. Dazu kommt, daß sich bei den Behörden immer mehr die Gepflogenheit einbürgert, Impfungen, Leichenschau und die Gutachtertätigkeit für Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten und Angestellten-Versicherung den praktischen Aerzten zu entziehen und den Kreis- oder Bezirksärzten zu übertragen, d. h. dem Landarzt die Nebeneinnahmen, auf die er angewiesen ist, zu verringern. Bedenkt man noch die Schwierigkeiten und die hohen Kosten der Kindererziehung, den Verzicht auf städtische Genüsse und Bildungsmöglichkeiten, schließlich die großen körperlichen Strapazen, denen der Landarzt ausgesetzt ist, so muß man sich wundern, daß die Dinge nicht noch weit schlimmer liegen, als es jetzt schon der Fall ist, und das alles, obwohl tatsächlich in Deutschland ein erheblicher Ueberfluß an Aerzten vorhanden ist.

Dieser Ueberfluß kann aber nur dann auf das Land abgeleitet werden, wenn sich diejenigen Gemeinden, welche sich einen Arzt halten wollen, zur Zahlung eines auskömmlichen Zuschusses für eine Reihe von Jahren verpflichten, wenn ferner die Versicherungsbehörden auf eine angemessene Entlohnung der Aerzte durch die Krankenkassen hinwirken. Eine weitere Erhöhung der Gesamtzahl der Aerzte, welcher leider von verschiedenen Seiten das Wort geredet wird, hätte lediglich eine Zunahme des Heeres der beschäftigungs- und erwerbslosen Aerzte in den Großstädten zur Folge, eine sehr unerfreuliche Erscheinung, womit niemandem gedient wäre.

# Die bevorstehenden Friedensverhandlungen.

„Wo bleibt Europa?", so frägt ein Berliner Blatt bei der Besprechung der Balkanvorgänge, und beantwortet sich selbst die Frage wie folgt: Man kann sich leider der Befürchtung nicht entschlagen, daß Mama „Europa" auch jetzt nicht die Kraft finden wird, den Uebermut der wilden Balkanrangen zu dämpfen. Gar zu widerstreitende Gefühle regen sich in ihrer Brust; die panslawistische Verhätschelungssucht, die strenge Stimmung Oesterreichs und, wie aus dem „Times"-Artikel zu ersehen ist, auch Englands, und dann wieder die allgemeine Tatenschen und Furcht, sich irgendwie zu kompromittieren. Wie aus diesem Mischmasch ein einheitliches und energisches Handeln entspringen soll, ist leider noch gar nicht abzusehen, und doch wäre ein solidarisches Eingreifen der Mächte dringend nötig, denn jeden Augenblick kann es neue böse Scherben dort unten geben. Der Augenblick verlangt also gebieterisch eine klare und entschiedene europäische Willenskundgebung. Man sucht „Europa", wird es zu finden sein?

**Die Vorverhandlungen für den Frieden.**

Die Pforte beschloß, den Mächten ein Memorandum zu übermitteln, in welchem die Unmöglichkeit der Zahlung einer Kriegsentschädigung dargelegt wird. Der „Tanin" erklärt in kategorischer Form, daß die Friedensbedingungen der verbündeten Balkanstaaten unannehmbar seien. Die Annahme derartiger Forderungen heiße den Todeskampf der Türkei noch um einige Jahre verlängern. Man müsse es daher vorziehen, mit der Waffe in der Hand, als auf der Folterbank zu sterben.

Wie die „Neue Freie Presse" aus diplomatischen Kreisen erfährt, werden die Mächte demnächst die Bedingungen, unter denen die Balkanstaaten die Friedensverhandlungen aufzunehmen bereit sind, der türkischen Regierung mitteilen. Die Lage wird von Tag zu Tag hoffnungsloser, doch nimmt man an, daß die Türkei nicht die Absicht hat, diese Bedingungen als Verhandlungsbasis zu akzeptieren. In bejahendem Falle werden die Friedenspräliminarien zunächst zwischen Bulgarien und der Türkei direkt auf dem Kriegsschauplatze erledigt. Die Verhandlungen in London sollen erst aufgenommen werden, wenn bereits zwischen den beiden Hauptgegnern eine volle Einigung zustande gekommen ist. Man will anscheinend vermeiden, daß die erneuten Friedensverhandlungen ebenso resultatlos verlaufen wie die vorangegangenen.

Von sonst gut unterrichteter Seite wird bestätigt, daß das bulgarische Volk des Krieges müde ist. Dies dürfte für die weiteren Entschlüsse der Regierung nicht ohne Einfluß sein, und es werden Stimmen laut, die von einer Nachgiebigkeit Bulgariens gegenüber der Türkei wissen wollen. Jedenfalls macht sich in allen Kreisen der feste Wille bemerkbar, jetzt unbedingt zu einem Friedensschluß zu kommen.

**Mißglückter Sturm der Bulgaren auf Adrianopel.**

Die Londoner Abendblätter erhalten Depeschen aus Konstantinopel, wonach gestern abend von den Bulgaren ein allgemeiner Sturm auf Adrianopel versucht worden ist, der jedoch vollkommen ergebnislos verlaufen ist. Die Bulgaren sollen mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden sein.

**Die Antwort der Balkanstaaten.**

Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Die Regierung hat den Gesandten die Antwort auf den Mediationsvorschlag der Mächte übermittelt. In derselben wird erklärt: Die verbündeten Balkanstaaten nehmen die Mediation unter folgenden Bedingungen an: 1. Als Grundlage für die Verhandlungen zur territorialen Abgrenzung zwischen der Türkei und den verbündeten Staaten wird die Linie Rodosto—Kap Malatra mit Ausschluß der Halbinsel Gallipoli, die der Türkei verbleiben wird, angenommen werden. Alle westlich von dieser Linie gelegenen Gebiete, Adrianopel und Skutari inbegriffen, müssen von der Türkei an die Verbündeten abgetreten werden. 2. Die Türkei wird die Inseln im Aegäischen Meere abtreten. 3. Sie wird bezüglich Kretas ihr vollständiges Desinteressement zu erklären haben. 4. Die Pforte wird im Prinzip der Zahlung einer Kriegsentschädigung an die Verbündeten, deren Höhe bei dem endgültigen Abschluß des Friedens festgesetzt wird, sowie der Zahlung besonderer Entschädigungen für Schäden zuzustimmen haben, deren Ursache in die Zeit vor dem Kriege fällt. Die verbündeten Staaten werden an den Beratungen über die Entschädigungen teilnehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191303152-19/fragment/page=0002

5. Die verbündeten Balkanstaaten behalten sich vor, im endgültigen Friedensvertrage die Behandlung ihrer Staatsangehörigen und ihrer Kaufmannschaft im ottomanischen Reiche sowie die Nationalitätenfrage und die Garantie bezüglich der Privilegien der orthodoxen Kirchen und der staatsrechtlichen Stellung ihrer konnationalen ottomanischen Staatsangehörigen zu regeln. 6. Die Kriegsoperationen werden nicht unterbrochen.

**Skutari vor dem Fall?**

Die „Tribuna" veröffentlicht Informationen aus unterrichteten Kreisen, denen zufolge die Montenegriner mit einem verräterischen Teile der Garnison von Skutari Unterhandlungen angeknüpft hätten, um die Stadt ohne weiteren Kampf in ihre Hände zu bekommen. Das Blatt teilt mit, daß man den Fall Skutaris unmittelbar zu erwarten habe, da in Skutari keine Einigkeit wegen einer weiteren Verteidigung der Stadt, die nutzlos erscheine, bestehe.

Die montenegrinische Regierung hat gestern abend in Erwiderung des von den Vertretern der Großmächte unternommenen Schrittes, für die gesamte Zivilbevölkerung Skutaris die Erlaubnis zum Verlassen der Stadt zu erwirken, erklärt, sie habe bei Beginn der Belagerung der Stadt den fremden Konsuln alle Erleichterungen angeboten, damit sie die Stadt mit ihren Staatsangehörigen verlassen könnten, doch habe das Konsularkorps es nicht für notwendig oder zweckmäßig erachtet, davon Gebrauch zu machen. Die Regierung sei bereit, dasselbe auch jetzt zu tun, jedoch sei sie zu ihrem lebhaften Bedauern aus militärischen und politischen Gründen nicht in der Lage, der gesamten Zivilbevölkerung Skutaris das Verlassen der Stadt zu gestatten.

## Deutsches Reich.

* **Der Kaiser** hat genehmigt, daß ihm an einem der Festtage seines Regierungsjubiläums eine Huldigung durch die Berliner Schulkinder in Form eines Frühständchens in einem Hof des Berliner Schlosses dargebracht wird. Es sind drei Lieder in Aussicht genommen, die von einem Chor von 7000 Schulkindern gesungen werden sollen.

* **Zum Regierungsjubiläum des Kaisers** ist den Regierungen betreffs der Absichten des Monarchen hinsichtlich der Feier jetzt Folgendes kundgegeben worden: Am Sonntag, den 15. Juni, als dem Todestage Kaiser Friedrichs, soll von jeder öffentlichen Feier abgesehen werden; nur soll bei den Gottesdiensten im allgemeinen Kirchengebet der Bedeutung des Tages durch eine besondere Fürbitte für den Kaiser gedacht werden. Am Montag, den 16. Juni, sollen Schulfeiern abgehalten und die öffentlichen Gebäude beflaggt, von einer Illumination aber abgesehen werden. Insoweit von den einzelnen Behörden, Gemeinden und Vereinen eine besondere lokale Feier geplant wird, soll diese tunlichst am 16. Juni stattfinden.

* **Der Gegenbesuch des deutschen Kaiserpaares am dänischen Hofe** wird im Verlauf dieses Sommers erfolgen.

* **Der König von Sachsen in Berchtesgaden.** Der gestern früh um 7 Uhr in Salzburg eingetroffene König von Sachsen fuhr, da kein offizieller Empfang vorgesehen war, mit seinem Adjutanten vom Bahnhof direkt zur großherzoglichen Villa. Um 9 Uhr vormittags unternahm der König in Begleitung der Großherzogin von Toscana, der Erzherzogin Germana und der Erzherzogin Agnes im Automobil eine Fahrt nach Berchtesgaden, von wo aus um 3/4 12 Uhr mittags die Rückkehr in die großherzogliche Residenz erfolgte.

* **Beisetzung des Fürsten Hohenlohe-Langenburg.** In Gegenwart der Kaiserin und des Prinzen August Wilhelm fand gestern die Beisetzung des Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg in Langenburg statt.

* **Große Kohlenfelderankäufe des sächsischen Staates.** Wie aus Dresden gemeldet wird, hat der sächsische Staat durch seinen Vertrauensmann, den Bankier Hans Büchner in Artern, neuerdings große Kohlenfelderankäufe vollzogen. Er hat jetzt die Fluren Treppenau-Trachern erworben.

* **Der Senior der preußischen Generalität,** der in Wiesbaden lebende Generalleutnant Otto von Sperling, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, begeht am 20. März den 92. Geburtstag.

* **Zur Deckungsvorlage.** Alle Meldungen von bestimmten Beschlüssen über die dem Reichstag vorzuschlagenden Steuerarten eilen den Tatsachen voraus. Die Finanzministerkonferenz, die übrigens noch am Mittwoch eine inoffizielle Fortsetzung in zwanglosen Besprechungen einzelstaatlicher Minister, die ihren Berliner Aufenthalt verlängert hatten, im Reichsschatzamt gefunden hatte, war hinsichtlich der Deckung der laufenden Heeresausgaben noch zu keiner endgültigen Entscheidung gelangt. Auf Grund der eingehenden Besprechungen werden gegenwärtig im Reichsschatzamt verschiedene Steuerentwürfe weiter ausgearbeitet, um alsbald dem Bundesrat unterbreitet zu werden. Dort erst wird entschieden werden, welcher dieser Entwürfe dem Reichstage vorgelegt werden soll. Bis dahin entbehren alle Meldungen hierüber der festen Unterlage.

* **25jähriges Jubiläum der Schutztruppe.** Am 8. Februar 1914 begeht die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika das Fest ihres 25jährigen Bestehens. Die Schutztruppe wurde im Jahre 1889 gegründet, als die deutsche Herrschaft in Ostafrika durch die Araberaufstände unter Leitung des Häuptlings Buschiri bedroht war.

* **Die Kandidatur abgelehnt.** Nachdem die Zentrumspartei Oberschlesiens die Nichterneuerung des Landtagswahlkompromisses mit den Polen beschlossen hat, lehnten die Zentrumsabgeordneten Pfarrer Bresler (Kosel-Leobschütz), Architekt Tiemsa (Kattowitz-Beuthen), Stadtpfarrer Peter (Gleiwitz-Tost) ihre Wiederkandidatur ab.

*

**Heftige Angriffe gegen Oesterreich-Ungarn.**

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" veröffentlicht heute einen außerordentlich scharf gehaltenen Artikel gegen Oesterreich-Ungarn, in dem sie verlangt, daß die Donaumonarchie ihre Rüstungen verstärkt. Das Blatt schreibt: „Nach der Erwerbung von Tripolis und nach der lärmenden habsburgischen Prestige-Politik auf dem Balkan ist die Wahrscheinlichkeit einer Kriegsgefahr für den Dreibund ganz wesentlich erhöht worden. Das deutsche Volk muß deshalb verlangen, daß die andern beiden Dreibundgenossen, die unter dem Schutz und Schirm des Deutschen Reiches ihre kolonialen und diplomatischen Erfolge errangen, dieser durch sie verursachten Verschärfung der Kriegsgefahr Rechnung tragen und ihr Heer und ihre Flotte auf einen Stand bringen, der ihren weltpolitischen Bedürfnissen und Ansprüchen entspricht. Die Belastung des deutschen Volkes mit Rüstungskosten ist auf das höchste Maß gestiegen. Die ungeheuren Opfer berechtigen uns zu der Forderung, daß nun auch Oesterreich und Italien ihre Kräfte anspannen, um ihre vernachlässigten Rüstungen auf die Höhe zu bringen. Die „Oesterreichische Armeezeitung" — das Blatt des Thronfolgers — meinte auf unsere Abwehr ungerechter österreichischer Ansprüche aus dem Bündnisvertrag: „Oesterreich ist kein Bettler". Gut! — Dann aber möge man in Oesterreich dafür sorgen, daß die habsburgische Politik künftig nicht mehr zwischen Betteln und Kneifen entscheiden muß. Wenn alle stolzen Zukunftspläne des Thronfolgers, die bis Saloniki reichten, elend zerplatzt sind, so ist dieses traurige Ende eines kühnen Willens der völlig unzulänglichen militärischen Vorbereitung zuzuschreiben. Hier, auf militärischem Gebiet, hat die Wiener Regierung zuerst einzusetzen, wenn sie künftig Erfolge erringen will. Nur wenn Oesterreich ein gleichberechtigter militärischer Bundesgenosse ist, dann kommt Oesterreich-Ungarn nicht als Bettler, sondern als Gleicher."

## Ausland.

**England und Frankreich.**

Der Erste Lord der britischen Admiralität, Winston Churchill, nahm bei seiner jüngsten Anwesenheit auf französischem Boden Gelegenheit, über die Stellungnahme Englands bei einem kontinentalen Kriege zwischen Großmächten zu den französischen Staatsmännern sich folgendermaßen zu äußern: Wenn man Frankreich ohne Grund angreifen sollte, so würde England Frankreich mit allen seinen Kräften unterstützen, d. h., sich die Vernichtung der deutschen Kriegsflotte zum Ziele setzen, freilich eine sehr schwere Operation. Solange aber England auf den Meeren nicht die Alleinherrschaft ausübt, könne es nicht daran denken, auch nur einen Mann nach dem Kontinente hinüberzubringen. Sollte aber Frankreich den Angreifer machen oder durch sein Verhalten einen Angriff provozieren bezw. einen solchen durch die Betätigung seiner Revanchegelüste herausfordern, so würde sich England streng neutral verhalten und Frankreich keine Hilfe leisten.

**Die französischen Rüstungskredite angenommen.**

Die Budgetkommission der französischen Kammer hat gestern nachmittag die Prüfung der von der Regierung verlangten Kredite zur Vervollständigung des Kriegsmaterials beendet. Die Regierung hatte 500 Millionen verlangt. Die Kommission schlägt vor, 420 Millionen zu bewilligen. Diese Summe wurde mit 27 gegen 5 Stimmen angenommen.

**Vier Unterseeboote außer Dienst gestellt.**

Auf Verfügung des französischen Marineministeriums werden die Unterseeboote „Alose", „Anguille", „Bonite" und „Dorade" sofort bis auf weiteres außer Dienst gestellt, da sich ein erheblicher Mangel an Mannschaften bemerkbar gemacht hat. Die Besatzung der außer Dienst gestellten Schiffe wird vorläufig zur Dienstleistung auf den großen Schlachtschiffen herangezogen werden, deren Besatzung zurzeit nur sehr gering ist.

**Zollermäßigung in Schweden.**

Der schwedische Reichstag beschloß gestern in gemeinschaftlicher Abstimmung beider Kammern, den Zoll für Zuckerphosphat von 25 auf 10 Oer pro Kilo und den Zoll auf Syrup und Melasse von 10 auf 5 Oer pro Kilo herabzusetzen.

## Luftfahrt.

**Neue Luftschiff-Garnisonen.**

Zur Vermehrung der Luftschiffertruppen durch die große Militärvorlage wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet: In Breslau wird in nächster Zeit mit städtischen Mitteln eine Luftschiffhalle gebaut, die der Heeresverwaltung gegen entsprechende Verzinsung der Baukosten usw. zur Verfügung gestellt werden wird. Auch bei Posen ist mit dem demnächstigen Bau einer großen Halle zu rechnen. In diesen beiden Orten und in Wiesbaden, Darmstadt, Mannheim, Graudenz, Hannover, sind die Garnisonen für die neu aufzustellenden Luftschiffertruppen zu sehen.

**Seiner Bestimmung zugeführt.**

Das an Rußland verkaufte Parsevalluftschiff „P. L. 14" wurde gestern nach erfolgreichen Probefahrten, an denen auch russische Offiziere teilnahmen, in Bitterfeld demontiert und mit der Bahn nach Rußland gebracht. In der nächsten Woche wird der dritte Auslandskreuzer, der von der englischen Heeresverwaltung in Auftrag gegeben worden ist, seine Probefahrten unternehmen.

**Verbesserung des deutschen Flieger-Dauerrekords.**

Der Flieger Friedrich, der gestern vormittag um 8 Uhr 8 Min. in Johannisthal aufgestiegen war, um den deutschen Dauerrekord zu verbessern, mußte, da die Windverhältnisse um die Mittagszeit allzu ungünstig wurden, um 1 Uhr 27 Min., also nach 5 Stunden 18 Min., landen. Friedrich verbesserte dadurch den von ihm selbst geschaffenen deutschen Dauerrekord um 8 Minuten.

**Friedrich noch überboten.**

Gestern mittag um 12,54 Uhr stieg der Aviatiker Sedelmayr mit einem Wright-Doppeldecker in Johannisthal auf mit der Absicht, einen neuen deutschen Dauerrekord ohne Passagier aufzustellen. Er landete um 6 Uhr 58 Min. bei völliger Dunkelheit, ist somit 6 Stunden 4 Minuten in der Luft gewesen und hat also den Dauerrekord, der von Friedrich mit 5 Stunden 18 Minuten gehalten wurde, um ein ganz bedeutendes überboten.

**Probeaufstieg des Luftschiffes „Z. 4".**

Gestern fand in Friedrichshafen der erste Werkstätten-Aufstieg des Luftschiffes „Z. 4" statt. Er erfolgte nur mit der Besatzung des Luftschiffbaues. Nach einer kurzen Landung vor der Halle bestiegen der gestern eingetroffene württembergische Kriegsminister General v. Marchtaler mit dem Generalinspekteur der Verkehrstruppen General v. Hänisch und anderen Mitgliedern der Abnahmekommission die Gondel. Von 3,20 Uhr bis 4,35 Uhr dauerte dann die zweite wohlgelungene Werkstättenfahrt. Das neue Luftschiff entspricht in seinem Typ, in den Größenverhältnissen und in der Stärke seines Motors genau dem Ersatz „Z. 1".

**Bestandene Pilotenprüfung.**

In hervorragender Weise erfüllte gestern morgen auf dem Flugplatz Johannisthal der Monteur Buehm auf Luftverkehrs-Doppeldecker die Bedingungen zum Piloten. Es herrschte in einer Höhe von 300 Metern eine Windstärke von 17 Sekunden-Meter, so daß der Apparat zeitweise ganz still stand. Auffallend schön war der Kurven-Gleitflug, in dem der Pilot aus 300 Meter Höhe landete. Sportzeugen waren der Regierungsbaumeister Hackstedter und Herr E. v. Gorrisen.

**Absturz eines Münchener Fliegers.**

Auf dem Oberwiesenfeld bei München, wo er sich mit einem Eindecker des Münchener Flugwerkes „Deutschland" übte und zum ersten Male im Gleitfluge landen wollte, ist der 23jährige Flugschüler Ingenieurkandidat Hoffmann aus München zu Schaden gekommen. Durch den Anprall wurde er aus dem in Trümmer gehenden Flugzeug geworfen und mit schwerer Gehirnerschütterung bewußtlos ins Garnisonlazarett geschafft.

**Unfall des Fliegers Janisch.**

Der Münchener Flieger Janisch stieg gestern auf dem Flugfelde Aspern bei Wien zu einem Fluge nach Budapest auf. Unterwegs geriet der Motor in Brand, wodurch Janisch zu einer Notlandung in Groß-Engersdorf gezwungen wurde. Hierbei stürzte der Apparat um; Janisch blieb glücklicherweise unverletzt, mußte aber seinen Weiterflug aufgeben.

## Kunst und Wissenschaft.

— **Auszeichnung.** Auf der Internationalen Ausstellung für Sozialhygiene in Rom erhielt die Gießener Klinik für psychisch-nervöse Krankheiten den Großen Preis und Klinikdirektor Sommer das Ehrenkreuz, die höchste auf der Ausstellung verliehene Auszeichnung.

W. **Das Schiff „Aurora" der antarktischen Expedition Mawson** ist nach Hobart (Tasmania) zurückgekehrt. Mawson und sechs seiner Begleiter befinden sich nicht mit an Bord, da sie noch ein Jahr lang in Adelesland bleiben wollen.

## Personalnachrichten.

— Verliehen wurde dem Obersten a. D. Grafen von Posadowsky-Wehner zu Weimar, bisherigen Kommandeur des Kürassierregiments Nr. 5, der Rote Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife.

## Landwirtschaft.

**Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.**

Prämiierung bäuerlicher Wirtschaften. Die Kammer giebt bekannt, daß auch in diesem Jahre wiederum eine Prämiierung bäuerlicher Wirtschaften stattfinden soll und daß die Anmeldungen zur Teilnahme an der Prämiierung bis spätestens zum 15. April, und zwar direkt bei der Landwirtschaftskammer zu bewirken sind, wo der auf Wunsch die für die Prämiierung maßgebenden Grundsätze übersandt werden. — Dazu wird bemerkt, daß auf Grund der Anmeldung zunächst ganz unverbindlich eine kostenfreie Vorbesichtigung (Wirtschaftsbewertung) erfolgt, nach welcher es freigestellt ist, die Anmeldung zurückzuziehen oder sie erst für ein späteres Jahr zu wiederholen.

Abgabe von Serum zur Schutzimpfung gegen die ansteckende Lungenentzündung der Kälber. Die ansteckende Lungenentzündung (septische Pneumonie) der Kälber ist eine unter fieberhaften Erscheinungen und starken Atembeschwerden verlaufende, in den meisten Fällen zum Tode führende Erkrankung, die besonders in der jetzigen Jahreszeit wieder eine große Verbreitung angenommen hat. In Anbetracht der bisher mit den Schutzimpfungen erzielten günstigen Resultate empfiehlt die Kammer, in versuchten oder von der Seuche bedrohten Beständen die Kälber möglichst bald nach der Geburt impfen zu lassen. Im Bakteriologischen Institut in Halle a. S., Freiimfelder Straße 68, wird unter Berücksichtigung der in unserer Provinz und den Nachbarstaaten vorkommenden Seuchenerreger ein für die Impfungen geeignetes Serum hergestellt und stets im frischen Zustande vorrätig gehalten. Bei Bestellungen, die am besten dem behandelnden Tierarzte übertragen werden, sind Zahl und Alter der zu impfenden Kälber anzugeben. Das Serum dient auch zur Schutzimpfung gegen die ansteckende Lungenentzündung der Lämmer.

Zur Hamstervertilgung. Die günstigste Zeit zur Hamsterbekämpfung ist das Frühjahr. Da sich außer dem Schwefel-Kohlenstoff-Verfahren die in den Handel gebrachten Mittel und Methoden zur Hamsterbekämpfung teils als unwirksam, teils als zu kostspielig erwiesen haben, macht die Kammer erneut darauf aufmerksam, daß nach den in ihrem Bakteriologischen Institut angestellten Versuchen und den im Laufe der letzten Jahre in der Praxis gesammelten Erfahrungen sich die Ratinkulturen als ein brauchbares Mittel zur Bekämpfung der Hamster erwiesen haben. Ratinkulturen zur Hamsterbekämpfung werden nebst genauer Gebrauchsanweisung von dem Bakteriologischen Institut in Halle a. S., Freiimfelder Straße 68, abgegeben. Bei Bestellungen ist die Größe der in Betracht kommenden Fläche und die ungefähre Zahl der durchschnittlich auf einen Morgen entfallenden Hamsterbaue anzugeben.

Versuche gegen Knochenweiche der Haustiere. Zur Durchführung von Versuchen zur Behebung der Knochenweiche und zur Erleichterung der Aufzucht junger Tiere ist dem Bakteriologischen Institut in Halle a. S., Freiimfelder Straße 68, eine Lebertran-Emulsion zur Verfügung gestellt worden. Die Versuche sollen hauptsächlich an Schweinen angestellt werden. Das Präparat wird den Bestern geeigneter Bestände gegen Mitteilung der erzielten Resultate kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Kammer giebt anheim, mit dem Institut in Verbindung zu treten.

Die 38. Zuchtviehauktion des Verbandes für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes in der Provinz Sachsen findet am Donnerstag, den 3. April d. Js. in der Viehhalle am Ostbahnhof in Stendal statt. Zum Verkauf gelangen ca. 100 Bullen im Alter von 12 bis 26 Monaten und 20 tragende bzw. gedeckte Färsen, von eingetragenen Eltern stammend. Sämtliche Herden stehen unter obligatorischer Kontrolle des Tuberkulosetilgungsverfahrens. Für einen großen Teil der Mütter der zur Auktion kommenden Tiere liegen Kontrollvereinsabschlüsse vor. Die Gemeinden, Stierhaltungs-Genossenschaften und Einzelzüchter werden hierdurch auf diese Auktion aufmerksam gemacht, die eine günstige Gelegenheit bietet, gutes Zuchtmaterial zu erwerben. Kataloge versendet die Geschäftsstelle des Verbandes in Halle a. S., Kaiserstr. 7.

Kontrollbeamten-Ausbildungskursus. Die Landwirtschaftskammer beabsichtigt, in den Monaten April/Mai d. Js. den sechsten Ausbildungskursus für Kontrollbeamte abzuhalten. Nähere Bestimmungen über die Einrichtung des Kursus versendet die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle a. S., Kaiserstraße 7, auch haben bei dieser Stelle die Anmeldungen für die Teilnahme an dem Kursus zu erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191303152-19/fragment/page=0003

Die Rubrik in Curslvschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
*1* 1.Jan. *4* 1.Apr. *7* 1.Juli *O* 1.Okt. *a* 1.1.7. *d* 1.4.10. *g* 15.3.9. *k* 15.6.12. *q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
*2* 1.Fbr. *5* 1.Mai *8* 1.Aug. *N* 1.Nov. *b* 1.2.8. *e* 1.5.11. *h* 15.4.10. *l* 11.6.12. *q₂* do. 1.2.5.8.11.
*3* 1.Mrz. *6* 1.Juni *9* 1.Spt. *D* 1.Dez. *c* 1.3.9. *f* 1.6.12. *i* 15.5.11. *v* versch. *q₃* do. 1.3.6.9.12.

# Berliner Börse, 14. März 1913

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lee, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 6 %, Lombardzinsfuß 7 %, Privatdiskont 6 %.
Nachdr. verb.

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.** | Mainzer 00 a 4 96.75G | Türk.Bagd.2 a 4 79.50bG | Mosk.Kas 15 a 4 86.25B | Pr.Pfd.-B.23 d 3½ 89.60G | Rybn.Steink. a *4½ —.— | Germn.Drtm. O 9 135.75G | Dt.Schachtb. 1 35 396.00bG | Kosth. Cell. 1 11 165.00G |
| Dt.Rchs.Sch. a 4 99.00bG | Mannh01 06 b 4 96.80b | do. unif. 03 c 4 86.25G | Mosk.KiewW a 4½ 95.10G | do.S26 uk14 a 3½ 90.10G | Sächs.El.L.5 i 4½ 99.30B | Gevelsberg. O 3 58.40B | do.Spiegelgl 1 25 331.75bG | Emil Köster 4 10 144.75G |
| do.1.4.15 d 4 99.00G | Mind. 95/02 v 3½ —.— | do. do. 05 c 4 74.50G | do. 1910 a 4½ 95.25bB | do. 17 18 24 v 3½ 86.10G | Sauerbrey 3 a *4½ 97.50G | Glückauf O 8 123.00B | do. Steinzg. 1 16 238.00G | Kronpr. Met. 1 22 341.00b |
| do.1.5.16 a 4 99.00bG | MülheimRhr. d 3½ 90.00G | do. do. 08 a 4 74.50G | do. Rjäsan b 4 85.75bB | Pr. Klnb.-Ob. a 4 95.00G | Schalk.Gr99 a *4 95.10G | Henning.Rfb O 0 49.90B | do.Ton uStz. 1 10 142.00bG | Gb.Krüg.&C. 1 12 170.50bG |
| Dt.Rchs.-Anl v 4 98.80bB | München 94 v 3½ 88.20G | do. Zoll-Obl. a 4 74.50bG | do.Wind.Ryb d 4 —.— | do.KmOb 6,7 a 4 97.90G | Schles.Klb.3 v *4½ 97.50bG | Herkul.Cass. O 9 153.00G | do.Waff.uMn 1 25 573.90b | KruschwitzZ. 7 22 276.50b |
| do. do. v 3½ 86.70bG | do.00 01 06 v 4 96.70G | do.400Fr.-L — frc. 156.50bG | Podol.Eisnb. d 4 —.— | do.S.9 uk.20 a 4 98.00G | Schuck.&C 2 a *4 95.20G | Holsten O 14 193.00G | do.Wagg.Lh. 1 12½ 202.00G | Kunz Treibr. 1 7 105.00bG |
| do. do. v 3 75.50bB | do. 07 u. 13 d 4 96.70G | Ung. Goldrt. a 4 85.90B | Rjäsan-Kozl d 4½ 94.50bG | do.S10 uk21 d 4 98.00bG | do. 2 d 4 95.10G | Hugger Pos. O 8½ 132.20B | do.Wasswrk. 1 5 101.00b | Kupfw Dtschl 1 8 134.50bB |
| Dt. Schutzg. a 4 96.40bG | do.1908/11 e 4 96.70G | do. kleine a 4 88.00bG | do.Uralsk94 c 4 86.20b | do.Seriel,3 v 3½ 87.10bB | Schulth.Br.5 a *4 100.70G | Isenbeck&C. O 6 98.10G | Dt. Eisenhdl. 1 7 125.00G | Küppersb&S 8 13 213.50G |
| Pr.St.Schatz d 4 99.90G | Nürnb 99/01 v 4 95.80b | do.Kronenrt. f 4 —.— | do. 07 uk.08 e 4 87.70bG | do.S.5 uk.17 a 3½ 90.00G | SeebeckS. 2 a *5 87.75G | Kiel. Schloss O 5 100.75B | R.W.Dinnend 7 0 15.00G | Kyffhäuserh. 1 12 148.00bB |
| do.1.4.15 d 4 99.00G | do. 1896/98 v 3½ 87.30G | do. kleine f 4 82.00b | RhHPf 83-85 d 4 85.80G | — | Fr. Seiff.&C3 a *4½ 99.75G | Klstrbr. Röd. O 0 51.25G | Dommitzsch 4 8 117.75G | Lahmeyer C 4 5 121.00G |

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191303152-19/fragment/page=0004

# Provinz Sachsen und Umgebung.

## Kreistag des Saalkreises.

Der Kreistag des Saalkreises hielt unter dem Vorsitz des Landrats v. Krosigk am gestrigen Freitag seine erste Sitzung nach den Kreistagswahlen ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß noch niemals der Kreistag nach den Neuwahlen ein so sehr verändertes Bild gewährt habe; von 36 Mitgliedern seien 10 neugewählt. Er begrüßte die neueingetretenen Kreistagsmitglieder. Die Wahlen werden sämtlich für gültig erklärt. Nach Erledigung der Formalien wurde zunächst in die Beratung des Haushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1913/14 eingetreten. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 559 500 Mark ab. Dieser Betrag ist höher als sonst, weil der Saalkreis infolge des neuen Gesetzes über die Anlegung der Mittel der Kreissparkasse mit Rücksicht auf den hohen, 5 Prozent übersteigenden Reservefonds jetzt ¾, statt früher ½ der Kreissparkassenüberschüsse für Kreiszwecke verwenden darf. Bei Beratung des Voranschlages wurde auch folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Kreistag des Saalkreises erklärt, daß eine etwaige Aufhebung des Amtsgerichts in Löbejün eine schwere wirtschaftliche Schädigung nicht nur der Stadt Löbejün, sondern auch des jetzt zu dem Amtsgerichte Löbejün gehörenden ländlichen Bezirkes herbeiführen würde und bittet deshalb die Justizverwaltung und die gesetzgebenden Körperschaften, von einer solchen Maßnahme abzusehen."

In der Besprechung wurde rühmend hervorgehoben, daß die konservativen Abgeordneten im Landtage und die Hallesche Zeitung entschieden gegen die Aufhebung der kleinen Amtsgerichte sich ausgesprochen haben.

Als Jubiläumsgabe aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers wurden 2000 Mark als Beitrag zu den Kosten des zu errichtenden Handwerkerkrüppelheims der Pfeiferschen Anstalten in Magdeburg-Cracau bewilligt.

Es wird ferner die Anschaffung eines Kreisautomobils beschlossen und der Kreisausschuß mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Der Fonds zur Förderung des Gemeindewegebaues wurde um 53 000 Mark erhöht und dabei festgestellt, daß bis auf eine verschwindende Ausnahme jetzt jede Gemeinde des Saalkreises durch einen befestigten Weg mit dem Chausseenetze verbunden ist.

Die Kreiskommunalkassenrechnung für 1911 wurde abgenommen. Der Umgemeindung des Tafelwerders von Lettin nach Halle a. S. wurde nicht zugestimmt, dagegen wurde die Abtretung von einzelnen Parzellen zu Eisenbahnzwecken genehmigt. Zum Schlusse wurden eine Reihe von Wahlen vorgenommen. Sie fanden in allen Fällen durch Zuruf statt.

## Heinrich v. Helldorff mit der eisernen Hand.

Jetzt, wo die Tage wiederkehren, an denen vor hundert Jahren ein Teil des russischen Heeres im Stifte Merseburg stand, soll die Erinnerung an einen Helden der großen Zeit wachgerufen werden, der in weiteren Kreisen zu wenig bekannt ist. Frhr. von Helldorff, der als General z. D. 1862 zu Weißenfels starb, entstammte dem alten Weißener Geschlechte, dessen Wiege am untern Rhein gestanden hat. Als 1809 der Herzog Wilhelm von Braunschweig seinen Rachezug unternahm, schloß sich der tatendurstige fünfzehnjährige Jüngling der schwarzen Schar an. Bei Konnewitz in Leipzigs Nähe wurde ihm im Kampfe gegen seine eigenen Landsleute, den damaligen Verbündeten Napoleons, da er sich nicht gefangen geben wollte, die linke Hand glatt abgehauen; aus 17 Säbelhieben blutete er, die Uniform zeigte 42 Löcher. Für diese Waffentat erhielt er 1815 das Braunschweigische Militärehrenzeichen und 1859, zum fünfzigjährigen Gedächtnistage, das Kommandeurkreuz 1. Klasse vom Orden Heinrichs des Löwen. Leipziger Bürger wußten ihn vor den französischen Schergen zu verbergen. Statt der abgehauenen Hand trug er bis zu seinem Tode eine eiserne Hand, die sich noch im Besitze seiner Familie befindet. Nach seiner Genesung widmete er sich auf St. Ulrich, dem Gute des Stiftshauptmanns v. Helldorff von der jüngeren Linie des Geschlechts, der Landwirtschaft. 1813 warf er in einem Streit den Kammerdiener eines bei ihm einquartierten russischen Generals die Treppe herunter, so daß dieser zwei Rippen zerbrach. Auf einem Leiterwagen gefesselt nach Merseburg eskortiert, sollte er hier vom Höchstkommandierenden sein Urteil empfangen. Baron v. Winzingerode erkundigte sich nach der fehlenden Hand, hörte, daß der Delinquent, aus der Gegend stammend, die Saaleübergänge kenne, und veranlaßte ihn, in sein Korps einzutreten. So wohnte er mit Auszeichnung den Gefechten bei Weißenfels und Roßerna sowie der Schlacht von Großgörschen bei. Als Premierleutnant im 20. russischen Jägerregiment kam er als Adjutant in den Stab des Korpskommandierenden Prinzen Eugen von Württemberg. In dieser Stellung nahm er an 34 Gefechten und Schlachten teil. Für Bautzen erhielt er den St. Annenorden 3. Klasse, für Kulm einen Ehrendegen für Tapferkeit, von Zaren ihm persönlich verliehen, für Bar-sur-Aube den Wladimirorden 4. Klasse und bei Paris den St. Annenorden 2. Klasse mit Brillanten sowie den preußischen Orden pour le mérite, 1816 erhielt er mit den glänzendsten Zeugnissen den nachgesuchten Abschied aus russischen Diensten und wurde, 22 Jahre alt, in der preußischen Armee als Kompagniechef im Kaiser Franz-Grenadier-Regiment angestellt. In langer Laufbahn sah er die verschiedensten Standorte der Monarchie. Ein schlichtes, an ihn erinnerndes Denkmal steht in den städtischen Anlagen zu Weißenfels. Er ist der Stammvater sämtlicher lebender Mitglieder der älteren Linie seines Geschlechts. Seine Tüchtigkeit vererbte er auf seine Kinder. Von seinen Söhnen blieb Heinrich als Oberstleutnant bei Königsrätz und Karl als Oberst bei Mars la Tour, Eduard erwarb das Eiserne Kreuz 1. Klasse und Ernst außer einer ganzen Reihe hervorragender Orden zwei Rettungsmedaillen. Der der Orleans geblebene Georg v. Helldorff gehört der jüngeren Linie a. d. H. Schwerstedt an. Ein Enkel des Generals ist damit beschäftigt, eine Monographie seines Großvaters zu schreiben.

Gg. S.

*

= Calbe a. Milde, 14. März. (Der am Donnerstag abgehaltene Pferdemarkt) brachte einen Auftrieb von 150 Pferden bester Qualität altmärkischer Zucht. Der Handel ging sehr schleppend. Die gezahlten Preisen waren trotzdem aber sehr hohe. Es kosteten beste Ackerpferde im Alter von 3 bis 5 Jahren 975—1200 Mark, geringere Pferde kosteten 500—750 Mark. Für Russen zahlte man 450—500 Mark. Das Stück Alte Klepper und Schlachtpferde kosteten 150—250 Mark.

+ Reundorf, 14. März. (Aus der Gemeinde.) Vorgestern abend wurde eine Gemeinderatssitzung abgehalten. Es wurde zunächst in die Besprechung über die geplante Einführung von Elektrizität eingetreten. Nachdem Erhebungen über die Rentabilität stattgefunden haben, konnte Ingenieur Windisch über das Resultat berichten. Er teilte mit, daß die Anlage nur bei Beteiligung der Gutsbesitzer möglich sei. Es werden entsprechende Verhandlungen stattfinden. Die Pachtung des früher Mittagschen Gartens und des Obstbehangs der an der Gütener Straße stehenden Bäume wurde den Handelsleuten Alsleben und Müller zugesprochen. Der Dorfteich soll, soweit dies noch nicht geschehen, durch eine Mauer eingefaßt und dadurch ein Dorfschlatz gewonnen werden. Die Holzbrücke vor dem Kaufmann Worch schen Hause in der Aschersleber Straße soll durch eine steinerne mit festem Geländer ersetzt werden. Behufs Erweiterung des Friedhofs soll der hinter demselben gelegene Schlacker angekauft werden. Den Unterbeamten der Gemeinde soll je ein Viertelmorgen Land zum Kartoffelanbau zugewiesen werden.

# Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 15. März.

## Jahrhundertfeier des Offizierkorps des Beurlaubtenstandes.

Am 10. März nachmittags fand auch ein Festmahl des Offizierkorps des Landwehr-Bezirks Halle statt, zu dem auch die Generalität, die Spitzen der städtischen Behörden, Oberbürgermeister Dr. Rieve, Vertreter der Universität, der Handels- und Landwirtschaftskammer erschienen waren.

Se. Exzellenz der Herr Divisions-Kommandeur gedachte Sr. Majestät des Kaisers mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoch, alsdann hielt der Bezirkskommandeur Oberst Rübsamen nach der Begrüßung der Gäste folgende Festrede:

Stolz, wie wir heute 100 Jahre aufstrebendes Preußentum und wachsende deutsche Macht.

Die Erhebung aus tiefster Schmach, aus größester Armut, die gewaltigen Rüstungen unter den Augen des aufmerksamen Feindes und der glorreiche Aufstieg unseres Adlers, der unter der Devise nec soli cedit sich emporschwang, ist in diesen Tagen schon oft erwähnt, daß ich davon als ein Gemeingut jedes Preußen und Deutschen schweigen möchte. Wir feiern hier ja auch eigentlich nur einen Abschnitt aus den großen Ereignissen der gewaltigen Zeit: die Gründung der Landwehr.

Der Aufruf an mein Volk, den in meinen Kinderjahren noch jeder preußische Junge in der Volksschule auswendig lernte, hatte seine flammenden und doch so ernsten Worte tief in die Seele jedes Preußen geschrieben. Das Eiserne Kreuz war im Andenken an die unvergeßliche Dulderin, Preußens Königin, gegründet; da erschien am 17. März der Befehl zur Gründung der Landwehr und des Landsturms. Von Scharnhorst war die Organisation und der Aufruf dazu entworfen, der mit den Worten begann: „Ein vor Augen liegendes Beispiel hat gezeigt, daß Gott die Völker in seinen besonderen Schutz nimmt, die ihr Vaterland in unbedingtem Vertrauen zu ihrem Herrscher mit Standhaftigkeit und Kraft gegen fremde Unterdrückung verteidigen."

Der Aufruf wendet sich an Jugend und Alter und endet:

„Mein getreues Volk wird in diesen entscheidenden Kämpfe für Vaterland, Unabhängigkeit, Ehre und eigenen Herd alles anwenden, den alten Namen zu bewahren, den die Vorfahren mit ihrem Blut erkämpften."

Und wie wirkte dieser Appell an das preußische Volk. Jung und alt strömte zu den Fahnen; ein Fichte, ein Arndt, ein Körner gestellten sich ebenso, wie der ungebildete Bauer und der einfachste Mann.

So entstand die Landwehr, die zwar vorläufig keine militärisch geschulte Truppe, aber ein von glühender Begeisterung getragenes Volk war. Zu Soldaten machte sie erst die Schule des Krieges, und diejenigen, welche der jungen Landwehr Ruhm und Verdienst schon in den ersten Schlachten über die Gebühr zusprechen wollten, schmälern das Ansehen der Helden von Etoges und Champaubert, denen in der harten Dienstzeit die Begeisterung über alle Schwierigkeiten hinweg geholfen hatte und sie durch die Disziplin Soldaten werden ließ. Soldaten, die alles besaßen, was ein Soldat nur haben kann, Disziplin, Opferwilligkeit, den festen Willen zum Siege, vereint mit glühendem Haß gegen den Unterdrücker.

Heute haben wir eine gediente Landwehr, disziplinierte Soldaten, sachlich erzogen in arbeitsamer Friedenszeit, das hat sie vor den Ahnen von 1813/14 voraus, aber ewig werden ihr die Helden der Befreiungskriege in der Begeisterung und der Vaterlandsliebe dem freudigem Todesmut vorbildlich bleiben. Hat unsere geschulte Landwehr den Geist der ungeschulten von vor 100 Jahren, dann gibt es keinen Feind auf dieser Erde, den wir zu fürchten brauchen.

Damit ihr der aber erhalten bleibt, bedürfen wir einer 3. Landwehr, die heute ganz Preußen und Deutschland umfassen muß. Deren Dienstzeit beginnt mit den ersten Worten, die das deutsche Kind sprechen lernt, wenn ihm die fromme deutsche Mutter die Hände zum Gebet faltet. Sie beginnt, wenn es lernt: „Ich bin ein Preuße", und „Deutschland, Deutschland über alles", und endet, wenn der Greis müde nach reichem Lebenswerk ins Grab sinkt.

Es ist die Landwehr, die Gottvertrauen, Vaterlandsliebe, Königstreue auf ihre Fahnen geschrieben hat, sie umfaßt jeden Deutschen, Kind und Greis, Weib und Mann. Sie ist der Grund, auf dem die militärische Wehr des Landes herauswächst, der Boden, ohne den sie nicht gedeihen kann. Ohne Vaterlandsliebe gibt es keine militärischen Erfolge, überhaupt keine nachhaltigen Erfolge irgend einer Nation.

Diese Landwehr müssen wir pflegen, ihr müssen wir den Boden bereiten durch Wort und Werk, Rat und Tat, Beispiel und Vorbild an unseren Kindern, die wir zu Deutschen erziehen sollen, an unseren Mitbürgern, die wir in treuem Patriotismus erhalten müssen, an unseren Mädchen und Frauen, die heut noch denken sollen wie 1813, nur in deutschnationalem Sinn: „Pfui über den Buben hinter dem Ofen."

Erhalten wir uns diese Landwehr, dann werden uns auch die ruhmvollen Taten der Landwehr im Waffenrock nicht fehlen.

Und wenn ich nun bitte, mit mir auf das Wohl der Landwehr zu trinken, so geschieht es in scheuer Ehrfurcht vor der von 1813, mit Vertrauen auf die jetzige in Waffen und mit fester Hoffnung auf die zukünftige. Hoch die preußische die deutsche Landwehr.

Zum Schluß ehrte Se. Exzellenz Generalleutnant Hildebrandt noch die anwesenden Ritter des Eisernen Kreuzes mit seiner Rede, die freudigen Widerhall fand.

## Von der Universität Halle.

Der Abteilungsvorsteher bei der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen Dr. Gerhard Böhmer, bisher Privatdozent für Landwirtschaft in Gießen, hat sich in der philosophischen Fakultät der Universität Halle habilitiert. Dr. Böhmer ist 1879 zu Albrechtsdorf (Kreis Preußisch-Eylau) in Ostpreußen geboren. An der Königsberger Universität widmete er sich dem Studium der Landwirtschaft, bestand 1902 das Examen für Lehrer der Landwirtschaft an Landwirtschaftsschulen und war 1902/1903 am Königsberger landwirtschaftlich-physiologischen Institut als Volontärassistent tätig. 1904 übernahm er eine Assistentenstelle am landwirtschaftlichen Institut zu Gießen und habilitierte sich ebenda 1908 mit einer Schrift: „Ueber die Systematik der Hafersorten sowie über einige züchterisch wichtige Eigenschaften der Haferrispe." Im Herbst 1911 wurde Böhmer Abteilungsdirektor der Landwirtschaftskammer zu Halle. Sein Spezialgebiet ist Acker- und Pflanzenbau.

## Die Kriegsmarine-Ausstellung.

welche am 19. März 1913 in Halle im Stadtschützenhause eröffnet wird, enthält viele künstlerisch ausgeführte, sehr wertvolle Kriegsschiffsmodelle, Vertreter aller neuesten Schiffsklassen und auch veralteter Typen. Die Panzerkolosse „Westfalen", ein deutscher Dreadnought, und „Hessen", Modellwert 15 000 Mk., vertreten die Klasse der Linienschiffe, sie bilden den Kern der Flotte, sie schlagen und entscheiden die Schlachten, an ihnen hängt das Schicksal des Vaterlandes zur See und die Ehre der Flagge. Dann folgen das prächtige Modell des großen Panzerkreuzers „Gneisenau", auf welchem der Kronprinz des Deutschen Reiches seine Reise nach Indien machte, des großen Kreuzers „Hansa", dem die kleinen Kreuzer „Dresden" und „Gazelle" sich anschließen, zwei würdige Vertreter der Kreuzer, die der Linienschiffsflotte Aufklärungsdienste zu verrichten und unsere gewaltigen, an Größe und Bedeutung unmittelbar hinter England stehenden seeischen und überseeischen Interessen zu schützen haben. Die Küstenpanzer, welche zum Schutze des Nordostsee-Kanals gebaut wurden, sind durch „Beowulf" vertreten und die zum Schutze sichter Gewässer bestimmten Panzerkanonenboote durch die schmucke „Wespe". Auch neueste Torpedoboote und Unterseeboote sind in prächtigen Modellen vertreten, deren Hauptwaffe der totspeiende Torpedo ist. Es ist das erste Mal, daß Unterseeboote in Ausstellungen gezeigt werden. Unheimliche Fahrzeuge sind es und ungemein gefährlich, denn sie sind, weil sie unter Wasser laufen, unverwundbar. Schöne Modelle von Kriegsschiffen, mit welchen der Große Kurfürst der Welt Bewunderung herausgefordert, indem er die Schweden von unseren Küsten verjagte, in Afrika Kolonien gründete, und sogar gegen die spanische Silberflotte focht, die kaiserliche Yacht „Hohenzollern", das Kanonenboot „Iltis", welches vor Taku sich den Orden pour le mérite holte, den auch das Modell am Bug trägt und andere Schiffsmodelle vollenden die vorzügliche Modellsammlung.

**Der Hallesche Beamten-Ausschuß** hielt am Sonntag eine starkbesuchte Vertretersitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Vorsitzenden des Lehrervereins, Herrn Mittelschullehrer Meyer einen ehrenden Nachruf. Er bat die Delegierten des Lehrervereins, diesen die Anteilnahme des Beamtenausschusses zu übermitteln. Einer Aufforderung des Bundes der Bodenreformer, dem Bunde beizutreten, konnte bei aller Sympathie für die Bestrebungen nicht entsprochen werden. Das soll vielmehr den einzelnen Vereinen überlassen bleiben. Ebenso mußte der Ausschuß seine Beteiligung an der Errichtung des Kaiser-Friedrich-Denkmals unter dem Hinweis, daß hier die betr. Vereine mitwirken möchten, ablehnen. Zu Punkt 2 „Stand der Wohnungsfrage" sprach kurz der Vorsitzende und teilte die Beschlüsse des Reichstages und den Standpunkt der Regierung hierzu mit, aus denen hervorgeht, daß neue Ermittelungen für eine große Zahl von Orten angestellt werden. Für Halle ist dasselbe der Fall. Eine große Behörde hat sich sehr günstig ausgesprochen. Der Magistrat soll nochmals gebeten werden, das Vorgehen zu unterstützen. Hervorgehoben wurden ganz besonders die Bemühungen der Stadtverwaltungen in Magdeburg, Barmen und Elberfeld. Namentlich die Letztere hat eine geradezu vorbildliche Unterstützung den Beamten zuteil werden lassen. — Bei Punkt 8 wurden die Verhandlungen der Parlamente kurz gestreift und die Anträge bezüglich Beschneidung der Vergütungen allseitig gutgeheißen. Die Schenkungen und Unterstützungen bilden fortgesetzt eine Quelle der Unzufriedenheit, die verstopft werden kann, wenn man die vorhandenen Summen zu fehlenden Zulagen an besonders kinderreiche Familien benutzt. Von den in diesen Etat eingestellten Unterstützungen verspricht man sich nur dann etwas, wenn sie gerecht, d. h. nach bestimmten Grundsätzen verteilt werden. Schließlich wurde der Vorschlag gemacht, eine Gedächtnisfeier aus Anlaß der hundertjährigen Wiederkehr von Preußens Erhebung zu veranstalten. Man beauftragte den Vorstand mit den einleitenden Schritten. Im Herbst soll eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Herr Sperl berichtete kurz über die Versammlung der Altpensionäre und brachte zum Schluß einen Antrag auf Satzungsänderung ein. Die nächste Sitzung findet Anfang April statt.

**Der Haus- und Grundbesitzer-Verein Halle-Nord** hielt am Mittwoch in der Gosenschenke eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vortrag des Herrn Maurermeisters Friedrich über „Herrschende Hypothekennot und wie derselben abzuhelfen sei", wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Eine Eingabe an den Provinziallandtag, in der um Errichtung eines Pfandbriefamtes für die Provinz Sachsen gebeten werden wird, soll in die Wege geleitet werden. Ferner gab ein Mitglied an der Hand von Karten Aufschluß über den Bau des Hauptsammelkanals und in Sonderheit der Entlüftung auf dem Klausberge. Die Beunruhigung in der Bürgerschaft, daß an letzter Stelle dem Kanal ev. Faulgerüche entströmen könnten, entbehre jeder Begründung. Man solle der Bauleitung nur Vertrauen entgegen bringen. Besonders stark waren in der Versammlung die Trifftrafenanwohner vertreten, welche immer noch nicht begreifen können, daß seinergeit die Trifftrafe von der eingesetzten Kommission für nicht historisch erachtet worden ist, da doch, wie die älteren Mitglieder bemerkten, schon 1864 die Straße angebaut und bereits im Jahre 1876 mit Bordsteinen und Gosse versehen war. Juristisch müßte eine Klarstellung erfolgen, wer am Ende die Pflasterkosten zu zahlen hat.

# Aus Nah und Fern.

**Eine Stiftung in Höhe von 1 Million Mark** zu Gunsten seiner Angestellten hat der Geh. Kommerzienrat Josef Seiler, Chef der Tuchversandfirma F. A. Seiler in Berlin-Dessau, anläßlich seines 60. Geburtstages errichtet. Alle Angestellten der Firma, die 25 Jahre dort tätig waren oder arbeitsunfähig werden, sollen aus dieser Stiftung eine Pension bis zur Hälfte ihres Einkommens erhalten.

**Vier Bauerngehöfte eingeäschert.** In Bilshausen (Eichsfeld) hat in der vergangenen Nacht ein Großfeuer vier Bauerngehöfte vollkommen eingeäschert.

**Von einem Automobil überfahren.** Das Auto eines Fabrikbesitzers aus Witzenhausen überfuhr auf der Landstraße von Kassel nach Witzenhausen den 7jährigen Fuhrmann Gundlach aus Wickenrode. Er war sofort tot.

**Doppelselbstmord im Hotel.** In einem Ulmer Hotel hat sich gestern vormittag eine Liebestragödie abgespielt. Dort vergiftete sich der verheiratete Konditor Hübner und eine Kellnerin, mit der Hübner ein Liebesverhältnis unterhielt. Wegen falscher Namensangabe sollte Hübner von einem Polizeibeamten auf die Polizeiwache gebracht werden. Er erklärte sich dazu bereit, bemerkte aber, er müsse vorher noch auf sein Zimmer gehen. Dort nahmen er und das Mädchen Zyankali zu sich. Als der Polizeibeamte kurz darauf das Zimmer betrat, fand er beide tot vor.

**Die Suffragetten.** Gestern wurden in London in der Bondstreet zwei Schaufenster eines Juwelierladens und drei Schaufenster eines großen Magazins in Holborn durch Anhängerinnen des Frauenstimmrechts zerstört. Die Frauen wurden verhaftet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191303152-19/fragment/page=0005

**Ein Zeichen der Zeit.** Frankfurter Blätter geben folgenden Kassenbericht des städtischen Schauspielhauses wieder: „Mittwoch, den 5. März: Erste Wiederholung des neu einstudierten König Heinrich IV., 1. Teil, von Shakespeare. Einnahme 224 Mk. — Donnerstag, den 6. März: Puppchen, Posse von Kren und Kraatz. (Seit Fasching auf dem Spielplan.) Einnahme: über 3000 Mk." Wozu noch zu bemerken ist, daß es sich bei dem ersten Stück um eine ausgezeichnet inszenierte Klassikervorstellung, bei Puppchen aber um eine Posse mit Gesang handelt, bei der — im städtischen (!) Schauspielhaus — die Zuschauer mitsingen dürfen. Da muß man dabei gewesen sein!

**Ein Liebesdrama.** In der Lampesstraße zu Leipzig fand man gestern in einem möblierten Zimmer einen aus Hamburg stammenden Referendar, der beim Leipziger Amtsgericht beschäftigt ist, bewußtlos auf. Neben ihm lag eine junge Schauspielerin, die anscheinend Gift genommen hatte und bei der der Tod bereits eingetreten war. Der junge Mann hatte sich mit einem Revolver in die rechte Schläfe geschlossen. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. Es besteht nur geringe Hoffnung, sein Leben zu erhalten.

**Die Beerdigung Jathos.** Unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung fand gestern nach einer Trauerfeier in der Christuskirche die Beerdigung des Pfarrers Jatho in Köln statt. Am Grabe sprach Pfarrer Traub aus Dortmund.

**Bei einem Gerüsteinsturz** eines Neubaus in Düsseldorf entging ein Steinsetzmeister wie durch ein Wunder dem Tode. Er befand sich beinahe an der Spitze des Gerüstes, hielt sich an einem fallenden Balken fest und glitt mit diesem sanft zur Erde, ohne den geringensten Schaden zu nehmen.

**Registriertes Fernbeben.** Das Observatorium auf dem Feldberg im Taunus registrierte gestern vormittag ein ziemlich heftiges Fernbeben.

# Gerichtssaal.

**Die Nachlieferungspflicht des Lieferanten beim Sukzessivlieferungsgeschäfte und beim Verzuge des Käufers.**

(Urteil des Reichsgerichts vom 13. März 1913.)

Ist beim Sukzessivlieferungsvertrage und beim Verzuge des Käufers der Lieferant verpflichtet, das ganze rückständige Quantum sofort nachzuliefern, wenn sich der Käufer zur Abnahme bereit erklärt? Davon handelt der folgende Rechtsstreit: Das Verkaufsbureau der Beunaer Kohlenwerke in Leipzig hatte am 5. August 1909 mit dem Kaufmann F. in Erfurt über die Lieferung von 600 Eisenbahnwagen Briketts einen Vertrag abgeschlossen, und zwar sollten zur Hälfte Salonbriketts, zur anderen Hälfte Industriebriketts geliefert werden. F. hatte sich als Käufer verpflichtet, diese 600 Wagen in der Zeit vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911, also innerhalb eines Jahres, abzunehmen, und zwar „in annähernd gleichen Monatsmengen"". Sonach wären in einem Monat 50 Wagen abzunehmen gewesen, oder, den Wagen zu 10 Tonnen gerechnet, 500 Tonnen in jedem Monat. F. war aber mit der Abnahme von Anfang an und ganz erheblich in Verzug geraten, so daß im Herbst 1910 von den bis Ende Dezember 1910 abzunehmenden 450 Wagen 416½ im Rückstande waren. Schon damals war F. auf Abnahme eines Teiles verklagt und auch vom Amtsgericht Merseburg verurteilt worden. Nunmehr hatte sich F. bereit erklärt, den ganzen Rest abzunehmen und verlangte auch bis Ende Dezember 1910 Lieferung dieses Restes in möglichst gleichen Tagesmengen; das waren bei der Kürze der Zeit werktäglich etwa 25 Wagen. Er hatte der Lieferantin auch verschiedene Versandlisten zugeschickt und sie angewiesen, die Briketts an verschiedene Kunden von ihm in und um Erfurt abzusenden. Die Lieferantin weigerte sich aber grundsätzlich, täglich mehr als 4½ Wagen zu liefern, das sei das Aeußerste, was sie zu leisten vermöge. F. beharrte jedoch auf seinem Verlangen und setzte der Lieferantin immer entsprechende Nachfristen, in der Absicht, sie dadurch ihrerseits wieder in Verzug zu bringen. Die Lieferantin klagte auf Zahlung des Kaufgeldrestes und forderte Schadenersatz. F. klagte mit Widerklage auf Feststellung, daß die Lieferantin wegen ihres eigenen Verzuges nicht hierzu berechtigt sei. Das Landgericht Halle hatte diese Widerklage abgewiesen, ebenso das Oberlandesgericht Naumburg. In dem Vertrage sei ausdrücklich vereinbart gewesen, daß die ganze Lieferung in annähernd gleichen Monatsmengen abzunehmen sei. Doch schon ohne eine solche Abrede sei diese Art der Abnahme nach Handelsbrauch selbstverständlich gewesen; denn sie aber ausdrücklich noch besonders vereinbart gewesen sei, so habe dies die Bedeutung gehabt, daß diese möglichst gleichen Raten streng eingehalten werden sollten. An dieser Lieferungsart ändere auch der Verzug der Kläger nichts. Wie der Käufer verpflichtet gewesen sei, das bestimmte Quantum pro Tag abzunehmen und berechtigt, mehr abzulehnen, so sei die Lieferantin ihrerseits auch trotz des bereits eingetretenen Verzuges immer nur verpflichtet gewesen, täglich dasselbe Quantum zu liefern, wie vertraglich vereinbart gewesen sei, und habe sich auf eine dem Rückstande entsprechende Nachlieferung nicht einzulassen brauchen. Wenn auch die Klägerin dem Käufer geschrieben habe: „Ferner wollen Sie den Rest abrufen!", so sei damit nicht gemeint gewesen, daß er den Rest auf einmal abrufen solle und die Lieferantin bereit sei, den Rest auf einmal zu liefern. Die Revision des Beklagten F. machte geltend, wenn auch die Klägerin für nicht verpflichtet gehalten werden dürfe, den Rest auf einmal zu liefern, so sei sie doch, nachdem sie den Beklagten zum Abrufe des Restes aufgefordert gehabt habe, zum mindesten verpflichtet, den Rückstand in beschleunigtem Tempo zu liefern. Unrichtig sei die Ansicht des Berufungsgerichts, daß der Verzug des Beklagten F. und die Aufforderung zur Abnahme des Rückstandes an der vereinbarten Lieferung von zwei Wagen pro Tag nichts geändert habe. Das Reichsgericht wies jedoch die Revision des beklagten Käufers als unbegründet zurück. (Nachdruck verboten.)

— **Ein Todesurteil bestätigt.** Das Reichsgericht zu Leipzig verwarf gestern die Revision des Monteurs Heinrich Abels, der vom Schwurgericht Köln am 22. Januar wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Er hatte am 16. April v. Js. seine Braut, namens Luise v. Moers, im Keller eines Hauses erstochen.

# Sport und Jagd.

— **Die Renntage in Magdeburg** hat der Magdeburger Rennverein für die Saison 1913 jetzt in seinem Jahresbericht bekanntgegeben. Die Termine sind wie folgt festgelegt worden: 13. April: Flachrennen (Großes Magdeburger Handikap); 4. Mai: Hindernisrennen; 25. Mai: Flachrennen (Großer Preis von Magdeburg); 21. und 22. Juni: Reit- und Fahrturnier; 13. Juli: Hindernisrennen (See- und Jagdrennen); 17. August: Hindernisrennen (Kronprinzenpreis); 14. September: Hindernisrennen und 5. Oktober: Hindernisrennen (Herbst-Steeple-Chase). Ferner finden noch im Monat Oktober einige interne Rennen statt.

— **Rennen zu Saint-Cloud.** Freitag, den 14. März. I. 1. Au Revoir (Sharpe), 2. Mistinguette (Powers), 3. Lidi (Yvey). Tot.: Sieg 37, Platz 13, 13, 24 : 10. Ferner liefen: Bolanzec, Garnison, Ophelie, Litska, Septante. II. 1. Granite (Childs), 2. Saint Gaudens (Reiff), 3. Salami (O. Neill). Tot.: Sieg 30, Platz 17, 26 : 10. Ferner liefen: Valmajour II, Gallion d'Or. III. 1. Saint Pe (Henry), 2. Chippewa (Mac Geee), 3. Le Chatouilleur (O. Neill). Tot.: Sieg 97, Platz 35, 18 : 10. Ferner liefen: Oukoida, Rancie II. IV. 1. Sandle (O. Neill), 2. Gerita (Reiff), 3. Triquette (O. Connor). Tot.: Sieg 38, Platz 18, 18, 25 : 10. Ferner liefen: Urogalle, Echanson, Ibidem, Rodilla, Gene to Ground. V. 1. Opott (Reiff), 2. Babette II (Stern), 3. Gendarme (Sharpeb). Tot.: Sieg 16, Platz 12, 21 : 10. Ferner lief Meillerie. VI. 1. Gavroche III (Childs), 2. Mistreß Henry (Rovella), 3. Satikla (O. Neill). Tot.: Sieg 70, Platz 27, 57, 23 : 10. Ferner lief: Luthier, Carmelot du Roi, Frerot, Plaisir d'Amour, Miltois, Max, Miß Poulett, Trinoomaly.

— **Rennen zu Nizza.** Freitag, den 14. März 1913. I. 1. Spinelle (Johnson), 2. Sir Peter (Gaudinet), 3. La Giralda (X). Tot.: Sieg 78, Platz 23, 23, 46 : 10. Ferner liefen: La Sagesse, Finstermunz, Capoue, Longjumeau, Chaite Noir, Rouchtschouk, Princeß Will, Vademecum, Nuba, Golden Star. II. 1. Isard II (Childs), 2. Mimouche (Allemand), 3. Amarylis (Robert). Tot.: Sieg 13, Platz 15, 43 : 10. Ferner liefen: Ourdia, Pretendante, Kola, Gentilly. III. 1. Renard Bleu (Johnson), 2. Hulda (Robert), 3. Fronton Basque (X). Tot.: Sieg 51, Platz 18, 32, 26 : 10. Ferner liefen: Holly Hill, Bassompiere, Climax, Pinwire, Coliharpe, Orphin. IV. 1. Vibre (Childs), 2. Nestor III (X), 3. Vice Versa (Garner). Tot.: Sieg 28, Platz 16, 22, 18 : 10. Ferner liefen noch 12 Pferde.

# Letzte Telegramme.

**Die Neubauten im Goethehaus genehmigt.**

**Weimar,** 15. März. Die Regierungsvorlage für die Neubauten im Goethehaus, für die ein Betrag von 114 000 Mark gefordert wurde, ist vom Landtag gestern genehmigt worden.

**Die Schwester Treitschkes gestorben.**

**Dresden,** 15. März. Im Alter von fast 80 Jahren starb die letzte überlebende Schwester Treitschkes, Baronin O'Byrn, die Witwe des sächsischen Generals gleichen Namens.

**Ein Dank an den Verteidiger Adrianopels.**

**Konstantinopel,** 15. März. Die Regierung hat an Schükri Pascha ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihm für die Organisation der Verteidigung Adrianopels dankt. Aus sicherer Quelle verlautet, daß Adrianopel noch Lebensmittel und Munition für mehr als einen Monat besitzt.

**Verheerender Wirbelsturm.**

**New-York,** 15. März. Der Wirbelsturm hat in Louisiana, Texas, Alabama, Mississippi und Tennessee 60 Opfer gefordert. In Nashville wurden etwa 20 Personen getötet und viele Gebäude dem Erdboden gleichgemacht. Ein furchtbarer Sturm herrschte auch in Nord-illinois einschließlich Chicago.

# Börsen- und Handelsteil.

**Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei.**

In der am 14. März abgehaltenen Generalversammlung der Halleschen Maschinenfabrik und Eisengießerei, zu welcher 22 Aktionäre mit zusammen 488 400 Mark Aktienkapital vertreten waren, wurden Geschäftsbericht und Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr vorgelegt und genehmigt. Es wurde beschlossen, eine Dividende von 30 Prozent (im Vorjahre 32 Proz.) zu verteilen, die vom 4. April d. J. ab zur Zahlung kommt. Dem Vorstande und dem Aufsichtsrate wurde Entlastung erteilt und das ausscheidende Mitglied des Aufsichtsrates Herr Geheimer Kommerzienrat Riedel-Halle wiedergewählt.

## Vom Wollmarkt.

Aus Berlin, 13. März, schreibt die Börs. Ztg.: Die allgemeine gute Geschäftslage für Rohwollen kam in der letzten Woche durch lebhafte Nachfrage wieder deutlich zum Ausdruck. Trotz der voraufgegangenen Wollversteigerung von Dominialwollen beteiligte sich die Fabrikantenkundschaft rege am Einkauf, sodaß der letztwöchige Umsatz als befriedigend zu bezeichnen ist. Die Abzüge von den hiesigen Lägern betrugen etwa 1400 Ztr. Schmutzwollen. Die Tendenz ist fest und sind gute und mittelgute Wollen schlank zu placieren. Auch für Kreuzungswollen herrscht Nachfrage. Die angelegten Preise bewegten sich meist auf dem Niveau der erzielten Auktionsnotierungen. Der animierte Verlauf der ersten diesjährigen Wollversteigerung am 6. März hat wieder den Beweis geliefert, daß die öffentlichen Versteigerungen des Vereins der Merinozüchter den Produzenten eine sichere Gewähr für die richtige Verwertung ihres Produkts bieten. Infolge der stets zahlreichen Beteiligung ist auch der Wettbewerb ein lebhafter und anregender. Auch kommen ausschließlich nur die direkt gelieferten Wollen der Produzenten zur Versteigerung. Die zweite Auktion des Vereins findet am 7. und 8. Mai statt. Das Kontraktgeschäft ist immer noch ruhig. In überseeischen Wollen war der Verkehr hier am Platze ziemlich belebt. An den sonstigen Wollstapelplätzen gestaltete sich das Geschäft bei anziehenden Preisen etwas lebhafter. Ueber den Verkehr an den Auslandsplätzen ist Neues nicht zu melden. Tendenz und Wertlage sind fest. Für Gerberwollen machte sich rege Nachfrage geltend. Grobe ausländische Gerberlammwollen blieben begehrt und hoch bewertet. Die Londoner Wollversteigerung nimmt bei fest behaupteten Werten einen lebhaften Verlauf.

*

W. **Kommunalbank des Königreichs Sachsen.** In der gestern abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Kommunalbank des Königreichs Sachsen wurde beschlossen, der auf den 28. März a. c. einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 4⅔ Prozent (wie im Vorj.) vorzuschlagen.

W. **London,** 14. März. Die Tendenz der Wollauktion war heute bei lebhaftem Geschäft fest für feine Sorten.. Dagegen war die Preisbewegung für mittlere nicht gleichmäßig. In schweren und geringen Greasies gestaltete sich der Verkehr schleppend. Die Preise waren zu Gunsten der Käufer.

# Produkten- und Warenmärkte.

**Getreide. Hülsenfrüchte, Futtermittel.**

**Berliner Frühmarkt.** (Amtl. Notierungen.) Berlin, 14. März.

| | |
|---|---|
| **Weizen** (Normalgew. 755 g): | |
| Loko inl.*) (per 1000 kg) | 190—195 |
| Mai | —— |
| Juli | —— |
| September | —— |
| Dezember | —— |
| **Roggen** (Normalgew. 712 g): | |
| Loko inl.*)(per 1000 kg) | 161-162 |
| Mai | —— |
| Juli | —— |
| Oktober | —— |
| Dezember | —— |
| **Gerste** (per 1000 kg) | |
| Futterg., leichte inl. | 150—160 |
| do. schwere | 161—168 |
| Wintergerste, inländ. | —— |
| russ. u. Donau leichte | —— |
| do. schwere | —— |
| **Hafer** (Normalgew 450 g): | |
| Inl.**) fein (p. 1000 kg) | 176—199 |
| do. mittel do. | 162—175 |
| do. gering do. | —— |
| mit Geruch | —— |

| | |
|---|---|
| **Mais** (p. 1000 kg) frei Wagen: | |
| Amerik. mix. | 145—148 |
| runder | 152—156 |
| türk. mixed | —— |
| weißer Natal | —— |
| **Erbsen** (per 1000 kg): | |
| Inl. u. russ. Futterware mittel | 170—180 |
| feine Taubenerbsen | 181—195 |
| Viktoriaerbsen | —— |
| Kleine Kocherbsen | —— |
| **Weizenmehl** (per 100 kg): | |
| Nr. 00 brutto einschl. Sack | |
| ab Bahn u. Speicher | 23.50—27.75 |
| **Roggenmehl** (per 100 kg): | |
| Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack | |
| ab Bahn u. Speicher | 20.40—22.20 |
| **Weizenkleie:** | |
| grobe und feine | 11.25—11.75 |
| **Roggenkleie** | 11.25—11.75 |
| **Seradella** | —— |
| **Lupinen,** gelbe | —— |
| blaue | —— |

*) ab Bahn u. frei Wagen. **) märk., mecklenb., pomm., pos., schles.

**Mittagsbörse.** (Notierung der Produktenbörse.)

| | |
|---|---|
| **Weizen** (Normalgew. 755 g): | |
| Inl.(p.1000kg) ab Bahn | 190—195 |
| abfallender | —— |
| Mai | 207¾—207½—207¾ |
| Juli | 210½—210¼—210½ |
| Sept. | —— |
| **Roggen** (Normalgew. 712 g): | |
| Inl.(p.1000kg) ab Bahn | 161-161½ |
| feiner | —— |
| Mai | 171¼—170¾ |
| Juli | —— |
| Sept. | 168½ |
| **Mais** (ohne Ang. d. Prov.): | |
| amerikan. mixed | 145—147 |
| runder 151-153 (ab Bahn u. Kahn) | |
| Mai | —— |
| Dezbr. | —— |

| | |
|---|---|
| **Hafer** (Normalgew. 450g): | |
| inländ. fein | 174—196 |
| mittel 157-173, gering | —— |
| Mai | 165¾—165½ |
| Juli | 167¾—167½—168¾ |
| Sept. | —— |
| **Weizenmehl** (per 100 kg): | |
| Nr. 00 brutto einschl. Sack | |
| ab Bahn u. Speicher | 23.50—27.75 |
| (feinste Marken über Notiz). | |
| **Roggenmehl** (per 100 kg): | |
| Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack | |
| ab Bahn u. Speicher | 20.30—22.70 |
| Mai 21.20, Juli —.—. | |
| **Rüböl** (per 100 kg in Faß): | |
| März | —.— B. |
| Mai | 65.10 G. |
| Oktbr. | —.— Br. |

**Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.**

— **Magdeburg,** 14. März. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse 27,75—28,25 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin,** 14. März. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl März-April 27,50 Mk., feuchte Stärke 14,50 Mk.

**Spiritus.**

— **Nordhausen,** 14. März. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—105 Ltr.) 80,75—81,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 91,50—92,50 Mk. per loko ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 14. März. Spiritus ruhig. März 31 G., März-April 31 G., April-Mai 31 G.

— **Paris,** 14. März. Spiritus ruhig. März 42,25, April 42,75, Mai-August 42,25, September-Dezember 42,00.

**Oele und Oelfrüchte.**

— **Köln,** 14. März. Rüböl loko 69,00, Mai 67,00.

— **Hamburg,** 14. März. Rüböl ruhig, loko verzollt 68,00.

— **Amsterdam,** 14. März. Leinöl fest, loko 27¼, April 26⅝, Mai-August 25¼, September-Dezember 24⅞.

— **Paris,** 14. März. Rüböl ruhig, März 70,50, April 70,00, Mai-August 68,25, September-Dezember 68,50.

**Zucker.**

W. **Hamburg,** 14. März. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88%, Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per März 9,92½, per April 9,97½, per Mai 10,07½, per August 10,35, per Oktober-Dezember 10,12½, per Januar-März 10,27½. Tendenz: behauptet.

W. **London,** 14. März. Rüben-Rohzucker 88% März 9 sh. 11 d. Wert, willig. Javazucker 96% prompt 11 sh. 3 d. Wert fest.

**Kaffee.**

— **Hamburg,** 14. März. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 57¼ G., Mai 58¼ G., September 58½ G., Dezember 57¾ G. Tendenz: stetig.

— **Amsterdam,** 14. März. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 49.

— **Havre,** 14. März. Kaffee. Good average Santos März 69, Mai 70, September 71½, Dezember 70¾. Tendenz: stetig.

W. **Rio de Janeiro,** 13. März. Kaffee. Zufuhren 6000 Sack in Rio, 6000 Sack in Santos.

**Wolle und Baumwolle.**

— **Bremen,** 14. März. Baumwolle, stetiger. Upland middling loko 63,25 Mk.

— **Antwerpen,** 14. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B April 6,10, Januar 5,92½ Käufer. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool,** 14. März. Baumwolle. Umsatz 9000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Febr. —,—, per März-April 6,57, per April-Mai 6,56, per Mai-Juni 6,55, per Juni-Juli 6,53, per Juli-August 6,48, per August-Sept. 6,38, per Septbr.-Oktober 6,25, per Oktober-November 6,17, per November-Dezember 6,14, per Dezember-Januar 6,13.

**Metalle.**

— **Amsterdam,** 14. März. Bancazinn behauptet, loko 126⅜.

— **London,** 14. März. Blei, span., 15 15/16 Lstrl., engl. 16¼ Lstrl., Zinn 209 Lstrl., Zink 24½ Lstrl., Chili-Kupfer 64 9/16 Lstrl., 3 Monate 65 3/16 Lstrl.

— **Glasgow,** 14. März. (Schlußbericht.) Roheisen flau. Middlesborough Warrants per Kassa 63 sh. 7½ d.

# Tiere und tierische Produkte.

**Schlachtviehmärkte.**

**Magerviehhof in Friedrichsfelde.** (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde,** 14. März. Auftrieb: 2045 Stück Rindvieh, 422 Kälber, Milchkühe 1526, Zugochsen 33, Bullen 56, Jungvieh 430 Stück. Verlauf des Marktes: Schleppendes Geschäft, verbleibt Ueberstand; Preise blieben unverändert. Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe u. hochtragende Kühe: a) 4 bis 8 Jahre alte Primakühe 470 bis 560 M., I. Qualität, gute schwere 410—460 M., II. Qual., gute mittelschwere 330 bis 400 M., III. Qualität, leichte 270—320 M.; b) ältere Kühe I. Qualität, gute schwere 390—450 M., II. Qual., mittelschwere 270—380 M.; c) tragende Färsen ——— M. B. Zugochsen (pro Ztr. Lebendgewicht): a) gelbes Frankenvieh, Scheinfelder I. Qualität ——— M., II. Qualität ——— M., III. Qualität — bis — M.; b) Pinzgauer I. Qual. ——— M., II. Qual. ——— M., III. Qual. ——— M.; c) süddeutsches Scheckvieh, Simmentaler Bayreuther I. Qualität 51—54 M., II. Qual. 48—50 M., III. Qual. ——— M. C. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färsen pro Ztr. Lebendgewicht: I. Qual. 40—42 M., II. Qual. 36—39 M. D. Bullen zur Zucht: Ostfriesen und Oldenburger ——— M. Simmentaler —— M., sprungf. Schafböcke —— M.

# Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York,** 14. März. Roter Winter-Weizen loko 111, per Mai 96⅜, per Juli 95⅞, per Sept. 95¼, per Dezbr. —,—. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 3,80. Getreidefracht nach Liverpool 3.

W. **Chicago,** 14. März. Weizen per Mai 89¼, per Juli 88⅜, per Sept. 88⅝. Mais, per Mai 51½, per Juli 53⅛, per Sept. 54¼.

W. **New-York,** 14. März. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 10,80, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 14,15.

W. **New-York,** 14. März. Schmalz Westernsteam 11,05, Rohe und Brothers 11,45.

# Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

**Straßfurt** 13 März + 2.05, 14. März + 2.05. **Grochlitz** + 1.56, + 1.58. **Nebra Obp.** + 2.30, + 2.24. **Nebra Untp.** + 1.80, + 1.74, **Brückenp.** + —. + —. **Kösen** + 0.80, + 0,98, **Weißenfels** Untp. + 0,92, + 0,84. **Trotha** + 2.38, + 2.46, **Alsleben** + 1.92, + 2.12. **Bernburg** + 1.57. + 1,65. **Calbe** Obp. + 1.70. + 1.77. **Calbe** Utp. + 1.34. + 1,43, **Grizehne** + 1,39. + 1.47.

Verantwortlich: Für Politik u. Feuilleton: **Fritz Müller;** für Provinz und Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling;** für Oertliches: **Heinrich Mieschner;** Schlußredaktion: **A. Verwecke,** sämtlich in Halle (Saale). — Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich, sondern lediglich „An die Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)" zu adressieren. — Sprechstunden der Redaktion für Politik, Feuilleton und Theater von 10—11 Uhr, für die übrigen Ressorts von 8—1 Uhr mittags.

**Bank für Handel und Industrie** (Darmstädter Bank) 3730 **Filiale Halle a. S.** Alte Promenade 3, gegenüber d. Stadttheater. **Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191303152-19/fragment/page=0006